

Internet-Blog

# kreuz-und-quer.de

**Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung**

*herausgegeben von*

*Prof. Dr. Thomas Sternberg, MdL (Sprecher), Dieter Althaus, Alois Glück,  
Dr. Friedrich Kronenberg, Dr. Hermann Kues MdB, Prof. Dr. Norbert Lammert MdB,  
Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Thomas Rachel MdB, Prof. Dr. Annette Schavan MdB,  
Christian Schmidt MdB, Dr. Erwin Teufel, Prof. Dr. Bernhard Vogel*

Die Artikel im 4. Quartal 2012

# 4/2012

Die Autoren:

Peter Altmaier, Stephan Eisel,  
Roland Freudenstein, Tanja Gönner,  
Dieter Hackler, Volker Kauder,  
Christian Koecke, Günter Krings,  
Fritz Kronenberg, Hermann Kues,  
Norbert Lammert, Klaus Mertes,  
Stefan Riepe, Thomas Sternberg, Peter Weiß

## Das Selbstverständnis

Christen, engagiert in Kirche, Staat und Gesellschaft, denen die politische Gestaltung unserer Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung ein besonderes Anliegen ist, haben sich im September 2012 zu der Internet-Initiative [www.kreuz-und-quer.de](http://www.kreuz-und-quer.de) zusammengefunden. Der Kreis fühlt sich dem Ziel verpflichtet, lokal und global, im Staat und in der Staatengemeinschaft, für eine politische Ordnung einzutreten, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden können.

Die Initiative will in Staat und Gesellschaft das politische Engagement der Christen stärken und unsere Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung – orientiert am christlichen Menschenbild – politisch mitgestalten. Die Initiative will beim Dialog zwischen Kirche und Welt mitwirken, damit die Kirche als „Sauerteig“ (Mt 13,33), als „Salz der Erde“ (Mt 5,13), als „Samenkorn“ (Mt 13,24), als „Licht der Welt“ (Mt 5,14) in der Mitte der Welt gegenwärtig ist.

Die Initiative will einen Beitrag dazu leisten, dass zu wichtigen politischen Fragen christlicher Weltverantwortung öffentliche Meinung gebildet wird. Diese öffentliche Meinungsbildung soll die erforderliche Willensbildung in Staat, Gesellschaft und Kirche unterstützen.

**In dieser Dokumentation sind die Artikel zusammengefasst, die 2012 auf dem Internet-Blog [kreuz-und-quer.de](http://kreuz-und-quer.de) veröffentlicht wurden. Dieses Internet- Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung wurde am 5. September 2012 freigeschaltet. Einmal wöchentlich wird dort ein neuer Artikel zur Diskussion gestellt. Die Kommentare der Leser zu den Artikeln und die Antworten der Autoren finden Sie auf [www.kreuz-und-quer.de](http://www.kreuz-und-quer.de)**

**Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.**

**Redaktion:**

**Stephan Eisel (Sprecher), Karlies Abmeier, Gerald Hagemann, Klaus Mertes  
[stephan.eisel@kreuz-und-quer.de](mailto:stephan.eisel@kreuz-und-quer.de)**

# Inhaltsverzeichnis

<i>Fritz Kronenberg</i> Ökumene jetzt! - Christlicher Weltdienst jetzt ! Für Europa! Für die Welt! .....	Seite 4
<i>Klaus Mertes</i> Ökumene der Märtyrer .....	Seite 8
<i>Stephan Eisel</i> Familien zwischen Wahlfreiheit und staatlicher Lenkung .....	Seite 11
<i>Stefan Riepe</i> Acht Baustellen einer globalen Wirtschafts- und Finanzpolitik .....	Seite 14
<i>Hermann Kues</i> Christliche Politik - Ein klassisches Konzept muss neu definiert werden .....	Seite 16
<i>Christian Koecke</i> Kulturchristen statt Kirchenchristen ? .....	Seite 18
<i>Tanja Gönner</i> Grundwerte in der Entwicklungszusammenarbeit .....	Seite 20
<i>Norbert Lammert</i> Ökumene Jetzt: wer wir sind und was wir wollen .....	Seite 22
<i>Peter Weiß</i> Das Spezifikum einer Sozialpolitik, die aus christlichem Impetus rührt .....	Seite 24
<i>Thomas Sternberg</i> Begründet statt „alternativlos“ - Zum christlichen Kompass der CDU und seiner Justierung .....	Seite 26
<i>Volker Kauder</i> Über Christenverfolgung nicht schweigen .....	Seite 28
<i>Roland Freudenstein</i> Was wollen die Christdemokraten in Europa .....	Seite 30
<i>Dieter Hackler</i> Eine neue Kultur des Alters .....	Seite 32
<i>Günter Krings</i> Geistiges Eigentum als Menschenrecht .....	Seite 34
<i>Peter Altmaier</i> Energiewende aus christlicher Verantwortung .....	Seite 37
<i>Klaus Mertes</i> Gedanken zu Weihnachten .....	Seite 39

5. September 2012

**Friedrich Kronenberg**

## **Ökumene jetzt! – Christlicher Weltdienst jetzt! In Europa! – Für die Welt!**

Unsere kirchliche Trennung vor fünf Jahrhunderten hatte auch politische Gründe. Heute haben unsere ökumenischen Bemühungen um kirchliche Einheit ebenso auch politische Gründe. Dies ist eine Chance, sie gilt es zu nutzen. Wenn es morgen noch eine handlungsfähige Christenheit geben soll, die den vielfältigen Aufgaben des christlichen Weltdienstes gewachsen ist, müssen wir heute ökumenisch vorangehen. Der ökumenische „status quo“ ist für die zukünftigen Herausforderungen, denen der Dienst der Christen in der Welt begegnet, unzureichend.

### **Christlicher Weltauftrag verlangt stärkere ökumenische Zusammenarbeit**

„Martin Luther wollte die Kirche erneuern, nicht spalten... Dennoch kam es zur Kirchentrennung. Es gab gravierende Differenzen und Missverständnisse, aber die Spaltung hatte nicht nur theologische, sondern auch handfeste politische Gründe... Für die dauerhafte Trennung der Kirchen wurden Machtfragen wichtiger als Glaubensfragen... Heute ist die Kirchenspaltung politisch weder gewollt noch begründet.“ (Ökumene jetzt. Aufruf engagierter Christen zur Überwindung der Kirchentrennung. [www.oekumene-jetzt.de](http://www.oekumene-jetzt.de)) Heute verlangt das politische Engagement der Christen, dass sie gemeinsam handeln. Eine der Lehren des 20. Jahrhunderts in Deutschland lautet: Christen können ihren Dienst in Gesellschaft und Staat nur gemeinsam leisten. Wenn ihr Dienst in der Menschheitsfamilie und in der Welt glaubwürdig und beständig sein soll, dann müssen sie stärker ökumenisch zusammenarbeiten, dann müssen überzeugende Schritte der Kirchen zur kirchlichen Einheit Wirklichkeit werden. Der christliche Weltauftrag ist nur gemeinsam zu leisten: vor Ort, im eigenen Land, in Europa und in der Welt.

Zwar ist es ein wirklicher Fortschritt, dass heute fast alle Kirchen zu ihrer ökumenischen Verantwortung stehen. Für die evangelischen Kirchen mit der EKD als Hauptansprechpartner in Deutschland ist das selbstverständlich, für die Katholische Kirche heute ebenso. Das II. Vatikanische Konzil, das vor fünf Jahrzehnten in Rom stattfand, hat sich eindrucksvoll zur Ökumene bekannt. Aber dieser Fortschritt hat auch eine Vorgeschichte: die ökumenische Bewegung, eine freie Initiative von Priestern, Ordensleuten und Laien, theologisch fundiert, unterstützt auch von Bischöfen. Die ökumenische Bewegung hat wesentlichen Anteil daran, dass die katholische Kirche ihr Selbstverständnis heute nur unter Einbeziehung ihrer ökumenischen Verpflichtung formulieren kann. Die Einheit der Christen realisiert sich aber nicht, weil es die Verpflichtung hierzu gibt. Wie schon in der Vergangenheit sind in den Kirchen freie Initiativen, die ökumenisch vorangehen, erforderlich, damit das Wirklichkeit wird, was Jesus im Gebet, das er in der Stunde des Abschieds an seinen Vater richtete, erbeten hat: „Lass alle eins sein wie du, Vater, in mir und ich in dir, damit die Welt glaube“ (vgl. Joh 17,21). Die Einheit der Christen ist zwar letztlich ein göttliches Geschenk, doch erspart diese Tatsache den Christen nicht die Anstrengung, an sich selbst zu arbeiten, damit sie dieses Geschenk entgegennehmen können.

Christ sein ist nicht möglich, ohne es für andere zu sein. Nicht eine „Wohlfühl-Kirche“, eine auf das Spirituelle reduzierte und in diesem Sinne „entweltlichte“ Kirche ist das Ziel christlichen Engagements, sondern eine der Welt zugewandte Kirche, die ihren Dienst mitten in unserer Welt an allen Menschen wahrnimmt. Wenn Christen „das Salz der Erde“ (vgl. Mt

5,13) sind, dann sind sie das immer und sofort, nicht erst, nachdem kirchliche Einheit verwirklicht wurde. Und wenn Christen sich gemeinsam als „Salz der Erde“ einbringen, dann vollenden sie dadurch zwar nicht ihre kirchliche Einheit, sie leben aber Ökumene. In einem gemeinsamen Dienst in der Welt, in einem ökumenischen Projekt ergreifen sie eine Initiative, die die Kirchen ihrem Ziel der kirchlichen Einheit der Christen näher bringt. Ökumene jetzt verlangt daher auch gemeinsamen christlichen Weltdienst jetzt!

### **Gemeinsames politisches Handeln der Christen verlangt eine „politische Ökumene“**

Der christliche Weltdienst ist auch ein politischer Dienst. Wenn politisch engagierte Christen aus christlicher Verantwortung gemeinsam politisch handeln, dann hat ihr Dienst eine kirchliche und damit eine ökumenische Qualität. Christen, die konfessionsübergreifend ihren politischen Dienst leisten, sind beheimatet in einer „politischen Ökumene“, die einen festen

Platz in der Ökumene der Kirchen beansprucht und die nicht in das Niemandsland zwischen den Konfessionen gehört. So legitim es in der Vergangenheit war, von einem politischen Katholizismus zu sprechen, so selbstverständlich muss es zukünftig sein, von einer politischen Ökumene zu sprechen. So neu ist das nicht: Die Gründung der Unionsparteien nach 1945 war für die, die aus christlicher Verantwortung einen politischen Neuanfang versuchten, ein

ernsthafte ökumenisches Projekt. Die ökumenischen Kirchentage seit dem Jahr 2000 mit ihrer Orientierung auf Weltgestaltung und Solidarität mit allen Menschen sind ebenfalls ein solches ökumenisches Projekt. Weitere solche Projekte gibt es und weitere sind denkbar, auch innerhalb politischer Parteien und parteiübergreifend.

Natürlich erschöpft sich die Politik nicht in der Realisierung des Christlichen und „erschöpft sich das Christliche nicht in dem, was Politik für den Menschen erreichen kann und versuchen darf. Politisches und Christliches können nur dann füreinander fruchtbar werden, wenn sie sich aneinander freigeben, wenn sie sich voneinander unterscheiden, um in solcher Unterscheidung Impuls füreinander zu werden. Impuls füreinander: denn auch das Christliche kann in seinem Verständnis und in seiner Realisierung vom Politischen lernen.“ (Klaus Hemmerle: Unterscheidungen. Gedanken und Entwürfe zur Sache des Christentums heute. Freiburg, Basel, Wien, 1972, S. 112. [www.klaus-hemmerle.de](http://www.klaus-hemmerle.de)). Entscheidend ist, dass christlich verantwortete Politik kirchlich, auch innerkirchlich nicht belanglos, sondern bedeutsam ist und dass sie nicht in ein kirchliches Niemandsland zwischen den Konfessionen abgedrängt wird. Bei aller Autonomie des Christlichen und des Politischen: sie durchdringen einander im Dienst am Menschen. Deshalb bedarf Politik aus christlicher Verantwortung einer Verortung in der Ökumene der christlichen Kirchen.

### **Was kennzeichnet ökumenisches Handeln als Politik aus christlicher Verantwortung?**

Wie nimmt das ökumenische Handeln engagierter Christen für eine Politik aus christlicher Verantwortung Gestalt an? Es gibt viele Beispiele, wie der christliche Weltauftrag, die Diakonie in Staat und Gesellschaft wahrgenommen werden kann. Die Christliche Gesellschaftslehre, die die Orientierung am christlichen Menschenbild konkretisiert, ist auch ein guter Kompass für das politische Engagement. Sie verpflichtet und eröffnet gleichzeitig die Chance, in der Gesellschaft einen politischen Dialog über das Bild vom Menschen zu führen.

In der Förderung der Familien, in der politischen Mitgestaltung unserer Sozialen Marktwirtschaft, in einer nachhaltigen und integralen Umweltpolitik, in der Bildungspolitik, im Einsatz für einen Frieden in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und in vielen anderen Aufgaben konkretisiert sich eine Politik aus christlicher Verantwortung.

In der Gestaltung des Verhältnisses von Kirche und Staat verfolgen Christen das Ziel, dass der Staat bei seinem Wirken für das allgemeine Wohl sich nicht verschließt für das Suchen der Menschen nach ewigem Heil, dass also der weltanschaulich neutrale Staat offen bleibt für Transzendenzbezüge menschlichen Lebens.

Christen treten in Staat und Gesellschaft für Religionsfreiheit ein, für das Recht jeder Person und jeder Gemeinschaft auf religiöse Freiheit. „Denn es ist eine offene Tatsache, dass alle Völker immer mehr eine Einheit werden, dass Menschen verschiedener Kultur und Religion enger miteinander in Beziehung kommen und dass das Bewusstsein der eigenen Verantwortlichkeit im Wachsen begriffen ist.“ (II. Vatikanisches Konzil, „Erklärung über die Religionsfreiheit“, 1965)

Alle diese Aufgaben überschreiten, wenn man sie heute wirksam wahrnehmen will, den Horizont nationaler Grenzen. Sie begegnen lokalen und globalen Herausforderungen. Christen sind als einzigartige „global player“ hier besonders gefordert.

In der Zukunft wird die christliche Überzeugung von der Einheit des Menschengeschlechts unser politisches Engagement mehr und mehr bestimmen. Christen glauben, dass jeder Mensch Geschöpf Gottes ist und dass sich dieses Geschöpf durch eine unantastbare Würde und durch eine unvertretbare Verantwortung für die Schöpfung auszeichnet. Der Tatsache des gemeinsamen Menschseins entspricht die Anerkennung universaler Menschenrechte, die von keinem gesellschaftlichen Status und von keiner besonderen Leistung abhängen. In der Entwicklungszusammenarbeit der Kirchen mit ihren Anstößen und Anregungen für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit findet diese Tatsache des gemeinsamen Menschseins überzeugenden Ausdruck. Die Einheit der Menschheitsfamilie ist altes christliches Gedankengut. Es ist daher selbstverständlich, dass die Christen ihr Engagement für weltweite Gerechtigkeit und Solidarität fortführen und ausbauen. So kann eine politisch überzeugende Antwort auf den gesellschaftlichen Prozess der Globalisierung gefunden werden.

### **Politische Ökumene in Europa für die Welt**

Angesichts der geopolitischen Herausforderungen der Gegenwart und der absehbaren Zukunft genügt es nicht, dass sich die Christen in ihren jeweiligen Ländern zusammentun, um sich diesen Herausforderungen zu stellen. Sie müssen sich über ihre nationalen Grenzen hinweg in Europa zusammentun, um ihrer globalen Rolle und ihrer Verpflichtung zum weltweiten Dienst am Menschen nachkommen zu können. Gemeinsame Anstrengungen aller Christen in Europa sind dringend geboten.

Wenn das richtig ist, dann stellen sich zwei Fragen: Wie kann die ökumenische Zusammenarbeit der Kirchen in Europa so weiterentwickelt werden, dass es dafür eine fruchtbare Verortung in einer europäischen politischen Ökumene geben kann? Und: Wie kann Europa politisch die Gestalt gewinnen, die notwendig ist, um seiner globalen Verantwortung gerecht zu werden?

Die Christen in Europa sollten sich bemühen, so zusammenzuarbeiten, dass sie sich gemeinsam in die gesellschaftliche und politische Gestaltung Europas einbringen können. Auf diese Weise werden sie dazu beitragen, Europa zu befähigen, seine weltpolitischen Aufgaben wahrzunehmen. Dass die Laienchristen in einer solchen europäischen Ökumene den ihnen zukommenden Platz einzunehmen haben, versteht sich von selbst. Viele werden das Ziel einer europäischen Ökumene für nicht erreichbar, vielleicht sogar für verfehlt halten. Dann soll in Gottes Namen darum gestritten werden. Unsere Welt erfordert den gemeinsamen Dienst der Christen Europas. Diesem Anspruch müssen sie sich stellen. Vielleicht wären es erste Schritte, wenn sich die ökumenischen Kirchentage in

Deutschland zu ökumenischen Kirchentagen in Europa weiterentwickeln würden und wenn sich das Maximilian-Kolbe-Werk als Versöhnungswerk der Zukunft von seiner deutschen Trägerschaft über eine deutsch-polnische zu einer europäischen Trägerschaft weiter entwickeln würde, und zwar unter Beteiligung von katholischen und evangelischen Christen, eine Überlegung, die nicht so neu ist, wie sie vielleicht erscheint.

Manche werden meinen, es sei zumindest gewagt und wirklichkeitsfremd, bei der Fortentwicklung der Ökumene so sehr auf Europa zu setzen, wo es doch in der europäischen Politik allenthalben kracht und brennt. Doch gerade darin liegt eine besondere Chance, die Christen gemeinsam in Europa, für Europa und damit für die Eine Welt ergreifen können. Die europäische Währungsunion ist gebildet worden, ohne dass sämtliche politischen und rechtlichen Institutionen eingerichtet wurden, die hierfür erforderlich sind. Es mangelte in der Bevölkerung der beteiligten europäischen Länder an dem notwendigen Konsens hierfür. Die Politiker haben mit Recht das Machbare getan in der Zuversicht, dass die Entwicklung weitere Konsequenzen wie die Übertragung von bestimmten Rechten nationaler Souveränität auf europäische Institutionen erzwingt. Aber im menschlichen Zusammenleben ist dieses Erzwingen nicht mehr als eine Hoffnung.

Soll diese Hoffnung in Erfüllung gehen, dann müssen die Bürger Europas für den Gedanken gewonnen werden, Europa mehr im Sinne einer Politischen Union zu gestalten und im erforderlichen Maß auf Rechte nationaler Souveränität zu verzichten. Hier überzeugend zu wirken und dafür zu werben, ist eine herausfordernde Aufgabe für europäische Christen. So neu wäre diese Aufgabe nicht. Wir würden nur aufgreifen, was Robert Schuman, Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer in ihrer Zeit vorgemacht haben.

Europäische Christen gemeinsam für eine Politische Union Europa! Europäisches Engagement für die Eine Welt! Christen Europas für globale Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, für eine menschengerechte Friedensordnung weltweit! Dies ist ein Auftrag, der in der Ökumene der europäischen Kirchen verortet sein muss. Ökumene jetzt heißt daher auch christlicher Weltdienst jetzt, in Europa und für die Welt.

**Dr. Dr. h.c. Friedrich Kronenberg** (1933) hat Wirtschafts- und Sozialwissenschaften studiert. 1960-64 war er hauptamtlicher Leiter der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg, 1966 - 1999 Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) und 1983-1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. 1982 -2003 war er Vorsitzender der Kommission für Zeitgeschichte und 2001 - 2009 Vorsitzender des MaximilianKolbe-Werkes.

9. September 2012

**Klaus Mertes**

## **ÖKUMENE DER MARTYRER**

2017 erinnern sich Christen in Deutschland an Martin Luthers Thesenanschlag an der Augustinerkirche in Wittenberg und damit an die Reformation. Wäre 2017 aber nicht auch ein Jahr, an dem man daran erinnern könnte, dass im Land der Reformation fast 450 Jahre später Protestanten und Katholiken im gemeinsamen Martyrium gegen die nationalsozialistische Diktatur zu einer neuen Einheit gefunden haben? Die Geschichte ist weitergegangen, auch die Heilsgeschichte, wie das Beispiel des gemeinsamen Martyriums des Protestanten Helmuth James v. Moltke und des Jesuiten Alfred Delp zeigt.

Am 23.1.1945 wurde Helmuth James von Moltke in Berlin/Plötzensee hingerichtet. Ihm folgte am 2.2.1945 der Alfred Delp. Die Asche der Leichen wurde – wie die aller Ermordeten des Widerstandes nach dem 20.7.1944 – auf die Rieselfelder Berlins verstreut. Heute wird ihrer in der katholischen Kirche Maria Regina Martyrum und in der evangelischen Plötzensee-Kirche in der Nähe der Hinrichtungsstätte gedacht. Die beiden Kirchen sind verbunden durch einen gemeinsamen Glockenturm.

Der Widerstand von Katholiken und Protestanten (und natürlich auch von Sozialdemokraten, Gewerkschaftlern u.a.) führte zu Überwindung trennender konfessioneller und gesellschaftlicher Schranken; dies ist die Frucht des Widerstandes. Philipp von Boeselager formulierte es in seinem letzten Interview auf die abschließende Frage: „Haben Sie noch etwas auf dem Herzen?“ folgendermaßen: „Ich hoffe, ich habe das klar gemacht. Ich bin als Nicht-Preuße, Anti-Protestant groß geworden und als Anti-Franzose. Meine Preußenfeindlichkeit hat sich durch Tresckow, Kleist, Oertzen, Schulze-Büttner und diese Kerle gelegt. Ich habe dann die richtigen Preußen kennen gelernt. Und besonders die protestantische Kirche, mit denen wir verfeindet waren, schätzen gelernt, und ich behaupte immer, die Ökumene hatte ihren Ursprung im KZ und im Widerstand.“<sup>1</sup>

Es ist wichtig, die Reihenfolge des letzten Satzes zu betrachten: Nicht die ökumenische Gesinnung führte in den Widerstand, sondern der Widerstand brachte die Ökumene hervor. Für Moltke war diese Zusammenführung der Konfessionen nicht nur ein von Menschen gemachtes religionspolitisches Ereignis, sondern ein konkretes Wirken des Geistes Gottes in der Geschichte. Nach seinem Prozess vor dem Volksgerichtshof am 10.1.1945 schrieb er an seine Frau: „Und dann wird dein Wirt<sup>2</sup> ausersehen, als Protestant vor allem wegen seiner Freundschaft mit Katholiken attackiert und verurteilt zu werden, und dadurch steht er vor Freisler nicht als Protestant, nicht als Adliger, nicht als Preuße, nicht als Deutscher – das ist alles ausdrücklich in der Hauptverhandlung ausgeschlossen -, sondern als Christ und als gar nichts anderes ... Zu welcher gewaltigen Aufgabe ist Dein Wirt ausersehen gewesen: All die viele Arbeit, die der Herrgott mit ihm gehabt hat, die unendlichen Umwege, die verschrobenen Zickzackkurven, die finden plötzlich in einer Stunde am 10. Januar 1945 ihre Erklärung. Alles bekommt nachträglich einen Sinn, der verborgen war.“<sup>3</sup>

Vom Ende her entschlüsselt sich der Sinn des Ganzen. Moltke, Delp und Gerstenmaier hatten anderes im Sinn, als sie am 9.1.1945 dem Volksgerichtshof vorgeführt wurden. Mehrere Monate lang hatten sie sich im Tegeler Gefängnis auf ihre Verteidigung vorbereitet. Am Abend des 8.1.1945

<sup>1</sup> Philipp von Boeselager, Interview, FAZ 2.5.2008

<sup>2</sup> „Wirt“ ist die übliche Selbstbezeichnung Moltkes in den Briefen an seine Frau

<sup>3</sup> zitiert nach Brakelmann, S.357



wurden ihnen die Anklageschriften überreicht. Sie lautete generell auf Hoch- und Landesverrat. Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus sowie „Defätismus“ wurden ihnen nachgewiesen und zur Last gelegt. Der Vorwurf der Beteiligung am Attentat vom 20.7.1944 wurde nicht erhoben. Moltke war seit Januar 1944 in Haft und konnte allein schon deswegen nicht direkt mit dem Attentatsversuch vom 20.7. in Verbindung gebracht werden. Er hatte sich zudem im Gegensatz zu den militärischen und bürgerlichen Widerstandskreisen gegen einen Anschlag gestellt; erst müsse Deutschland vollkommen besiegt werden, dann könne etwas Neues entstehen. Deswegen hatte er im „Kreisauer Kreis“<sup>4</sup> Freunde mit dem Ziel gesammelt, sich Gedanken über die gesellschaftliche Ordnung nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Deutschlands zu machen. Doch für Freisler bestand unausgesprochen ein innerer Zusammenhang zwischen dem Attentat vom 20.7.1944 und dem Gedankengut des „Kreisauer Kreises“. Das zeigte sich dann auch im Laufe des Prozesses.<sup>5</sup> Moltkes Verteidigungsstrategie lief jedenfalls darauf hinaus, alle Kontakte mit dem „Goerdeler-Kreis“ so darzustellen, dass ihm eine Mitwisserschaft mit den Attentatsplänen nicht nachgewiesen werden konnte.

Im Unterschied zu den stalinistischen Schauprozessen ging es den Nationalsozialisten bei ihren Prozessen gegen die Widerstandskämpfer auch sehr darum, den Schein des Rechts zu wahren. So spitzte sich die Situation zwischen Freisler und Moltke emotional zu, als einzelne Anklagepunkte ins Leere liefen; Moltke wies darauf hin, dass seine Besprechung mit Goerdeler Polizei und Gestapo bekannt war. Da „bekam Freisler Tobsuchtsanfall Nr. 1 ... Er hieb auf den Tisch, lief rot an wie seine Robe und tobte: `So etwas verbitte ich mir, so etwas höre ich mir gar nicht an.` Da ich ohnehin wusste, was rauskam, war mir das alles ganz gleich: Ich sah ihm eisig in die Augen, was er offenbar nicht schätzte, und plötzlich konnte ich nicht umhin zu lächeln.“<sup>6</sup>

Es ist eine Situation, die sich zu meditieren lohnt. Der „eisige Blick“ erinnert an die großen geistlichen Konfrontationen der Weltgeschichte, etwa wenn der Prophet Elija vor König Ahab tritt: „Hast du mich gefunden, mein Feind?“ fragt Ahab (1 Kön 21,22). Das Lächeln Moltkes gemahnt an die souveräne Reaktion Christi auf den Machtanspruch von Pilatus: „Du hättest keine Macht über mich, wenn sie dir nicht von oben gegeben wäre.“ (Joh 19,11) Die Machtverhältnisse zwischen Ankläger und Angeklagtem drehen sich. Moltke beschreibt diesen entscheidenden Augenblick in seinem Brief an Freya so: „Ich weiß nicht, ob die Umsitzenden das alles mitbekommen haben, denn es war eine Art Dialog – ein geistiger zwischen Freisler und mir, denn Worte konnte ich nicht viele machen -, bei dem wir uns beide durch und durch erkannten. Von der ganzen Bande hat nur Freisler mich erkannt, und von der ganzen Bande ist er auch der Einzige, der weiß, warum er mich umbringen muss.“<sup>7</sup>

An dieser Stelle gelangt das verdeckte geistliche Geschehen ans Tageslicht: die ökumenischen Kontakte Moltkes werden zum neuen Anklagepunkt. Freisler sagt über den Kreisauer Kreis: „Wer war denn da Ein Jesuitenpater! Ausgerechnet ein Jesuitenpater! Ein protestantischer Geistlicher.<sup>8</sup> ... Kein einziger Nationalsozialist! ... Ein Jesuitenpater, und ausgerechnet mit dem besprechen Sie Fragen des zivilen Widerstandes! Und einen Jesuitenprovinzial kennen Sie auch, ... einer der höchsten Beamten von Deutschlands gefährlichen Feinden ...“<sup>9</sup>

Diese Entwicklung der Anklage überraschte auch Moltke. Doch er empfand sie als Geschenk: „Letzten Ende entspricht diese Zuspitzung auf das kirchliche Gebiet dem inneren Sachverhalt und

<sup>4</sup> Die Bezeichnung „Kreisauer Kreis“ wurde zuerst von der Gestapo verwendet

<sup>5</sup> Freisler gegenüber Sperr. „Der Moltke-Kreis war bis zu einem gewissen Grade der Geist des „Grafen-Kreises“, und der wieder hat die politische Vorbereitung des 20. Juli gemacht; denn der Motor des 20. Juli war ja keineswegs Herr Goerdeler, der wahre Motor steckte in diesen jungen Männern.“ (Brakelmann, S. 351)

<sup>6</sup> ebd., S.351

<sup>7</sup> ebd., S. 357

<sup>8</sup> gemeint: Eugen Gerstenmaier

<sup>9</sup> ebd., S. 354

zeigt, dass Freisler eben doch ein guter politischer Richter ist. Das hat den ungeheuren Vorteil, dass wir nun für etwas umgebracht werden, was wir a. gemacht haben, und was b. sich lohnt ... Wir sind nach dieser Verhandlung ... aus jeder praktischen Handlung raus, wir werden gehenkt, weil wir zusammen gedacht haben ... Dass ich als Martyrer für den Heiligen Ignatius von Loyola sterbe – und darauf kommt es letztlich hinaus, denn alles andere war daneben nebensächlich -, ist wahrlich ein Witz, und ich zittere schon vor dem väterlichen Zorn von Papi, der doch so antikatholisch war. Das andere wird er billigen, aber das? Auch Mami wird wohl nicht ganz einverstanden sein ... Das Dramatische an der Verhandlung war letzten Ende Folgendes: In der Verhandlung erwiesen sich alle konkreten Vorwürfe als unhaltbar, und sie wurden auch fallen gelassen. Nichts davon blieb. Sondern das, wovor das dritte Reich solche Angst hatte ... ist letzten Ende nur folgendes: ein Privatmann, nämlich dein Wirt, von dem feststeht, dass er mit zwei Geistlichen beider Konfessionen, mit einem Jesuitenprovinzial und mit einigen Bischöfen, ohne die Absicht, irgendetwas Konkretes zu tun, und das ist festgestellt, Dinge besprochen hat, `die zur ausschließlichen Zuständigkeit des Führers gehören´.<sup>10</sup> Hellhörig hört Moltke – um es in biblischer Sprache zu sagen – das Christusbekenntnis des unterlegenen Satan: „Freisler sagte zu mir in einer seiner Tiraden: Nur in einem sind das Christentum und wir gleich: Wir fordern den ganzen Menschen.“<sup>11</sup>

Es ist eine geistliche Frage, ob die katholischen und protestantischen Nachfahren in Deutschland diese explizite ökumenische Einheit als Grund für das Martyrium bloß als Tatsache hinnehmen, oder ob sie das Ereignis als das ansehen, was es für Moltke, Delp und viele andere bedeutete: Ein Wirken Gottes in der Geschichte. So gesehen gibt es im Land der Reformation seit dem 10. Januar 1945 eine von Gott gewirkte Einheit der Christen, hinter die Christen nicht mehr zurückkehren können. Wäre das nicht auch ein Thema in Hinblick auf das Jubiläumsjahr 2017?

*Klaus Mertes SJ (1954) ist Kollegsdirektor kam Kolleg St. Blasien. Er hat Slawistik und Klass. Philologie in Bonn studiert und 1977 in den Jesuitenorden eingetreten. Anschließend studierte er Philosophie und kath. Theologie in München und Frankfurt a. M. und wurde 1986 zum Priester geweiht. Nach dem 2. Staatsexamen für Kath. Religion und Latein war er Lehrer an der St. Ansgar-Schule in Hamburg und am Canisius-Kolleg in Berlin, dessen er Rektor er 2000-2011 war. Klaus Mertes ist Mitglied im Zentralkomitee der dt. Katholiken und im Kuratorium Stiftung 20. Juli 1944.*

---

<sup>10</sup> ebd., S. 355

<sup>11</sup> ebd., S.357

12. September 2012

**Stephan Eisel**

## **Familien zwischen Wahlfreiheit und staatlicher Lenkung**

In der Debatte um das „Betreuungsgeld“ stehen einander in seltener Klarheit zwei im Prinzip gegensätzliche Modelle staatlicher Familienpolitik gegenüber: Die einen wollen dem Arbeitsmarkt neue Reserven erschließen und messen Familienpolitik an einer möglichst hohen Frauenerwerbsquote. Die anderen sehen verschiedene Lebensentwürfe als gleichrangig und möchten den Müttern kleiner Kinder Erwerbstätigkeit weder nahelegen noch sie verhindern. Zwischen diesen Polen schlägt das Pendel staatlicher Familienförderung aus.

### **Erziehungsgeld**

Am Arbeitsmarkt orientiert war das 1979 von der sozialliberale Koalition eingeführte „Mutterschaftsurlaubsgeld“. Anspruchsberechtigt waren nur Eltern, die vor der Geburt in abhängiger Beschäftigung erwerbstätig gewesen waren. Sie erhielten nach der Geburt bei Unterbrechung der Erwerbstätigkeit höchstens sechs Monate lang monatlich 375 Euro (damals 750 DM).

1986 ersetzte die Koalition der Mitte unter Bundeskanzler Helmut Kohl auf Initiative des damaligen Familienministers Heiner Geissler dieses „Mutterschaftsurlaubsgeld“ durch ein „Erziehungsgeld“ in Höhe von 300 Euro (600 DM) zunächst für die Bezugsdauer von zehn Monate, ab 1988 für zwölf Monate und später bis zu 24 Monaten. Die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen zahlten darüber hinaus im 3. Lebensjahr des Kindes ein Landeserziehungsgeld.

Anspruchsberechtigt waren nun alle Mütter und Väter unabhängig davon, ob sie zuvor berufstätig gewesen waren. Während des Bezugs des Erziehungsgeldes war zugleich eine Teilzeitbeschäftigung zu 30 Stunden möglich. Dieser finanziellen Unterstützung der Erziehungsleistung von Eltern unabhängig von ihrer vorherigen Berufstätigkeit lag die Anerkennung der Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensentwürfe durch den Staat zugrunde - für Erwerbstätige ergänzt um den Erziehungsurlaub mit Arbeitsplatzgarantie.

Helmut Kohl hatte das Erziehungsgeld in seiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 deshalb grundsätzlich begründet: „Beruf ist für uns nicht nur außerhäusliche Erwerbstätigkeit. Tätigkeit im Haus und für Kinder ist gleichwertig; sie muß wieder mehr Anerkennung finden. Vorrangig sind für uns Erziehungsgeld bzw. Kindergeldzuschlag in den ersten Jahren der Kindererziehung für alle Mütter oder Väter und die Anerkennung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung.“

### **Elterngeld**

Davon nahm die Große Koalition auf Initiative der SPD Abschied, als 2007 das Erziehungsgeld durch das Elterngeld ersetzt wurde. Es brachte einen problematischen Paradigmenwechsel, denn als „Entgeltersatzleistung“ wird es wieder in voller Höhe nur an die gezahlt, die vor der Geburt der Kinder berufstätig waren. Bemessen wird es nach dem vorangegangenen Nettoeinkommen des betreuenden Elternteils.

Während das frühere Erziehungsgeld unabhängig von der vorgeburtlichen Einkommenshöhe bis zu 24 Monate in Höhe von 300 Euro monatlich bezogen werden konnte, erhalten Eltern, die vor der Geburt des Kindes arbeitslos oder ohne Einkommen waren, diesen Betrag jetzt nur noch 14 Monate

lang. Diese Gruppe hat sich verschlechtert, denn das Elterngeld richtet sich vor allem an Berufstätige.

Nur sie erhalten über den Sockelbetrag von 300 Euro hinaus bei Unterbrechung der Erwerbstätigkeit bis zu 14 Monaten 67 Prozent des letzten Nettoeinkommens, aber nicht mehr als 1800 Euro monatlich. Anstatt für alle das Erziehungsgeld anzuheben, hat die Große Koalition nur für Berufstätige zusätzliche Leistungen als das Elterngeld eingeführt.

Dennoch kommt diese Förderung de facto nur für die in Frage, die den Verzicht auf ein Drittel ihres Einkommens vorübergehend verkraften können – also bessergestellte Eltern mit zwei Einkommen. Weit über die Hälfte der Eltern kleiner Kinder haben aber ein monatliches Einkommen von weniger als 3000 Euro netto. Für sie ist es keine wirkliche Option, auf ein Drittel ihres monatlichen Familieneinkommens zu verzichten.

Wahlfreiheit gewährt das Elterngeld deshalb auch unter den Berufstätigen nur den Besserverdienenden, die derartige Einkommensverluste verkraften können. Teilweise wurde und wird das Elterngeld aber auch ausdrücklich damit begründet, damit die Geburtenrate unter (besserverdienenden) Akademikerinnen zu erhöhen. Erreicht wurde dieses Ziel freilich nicht.

### **Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz**

So wie das Elterngeld die Berufstätigkeit der Eltern und nicht die Erziehungsleistung für Kinder in den Mittelpunkt stellt, so ist dies auch die entscheidende Begründung für den Ausbau staatlicher Krippenplätze. Seit 1996 gibt es in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem dritten Lebensjahr bis zur Einschulung. Etwa 85 Prozent der Kinder über drei Jahre besuchen einen Kindergarten.

Am 1. August 2013 tritt eine gesetzliche Regelung in Kraft, nach der Kinder auch zwischen dem ersten und dritten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer staatlichen Tageseinrichtung haben. In Deutschland leben circa 2,1 Millionen Kinder, die jünger als drei Jahre sind. Davon nehmen ca. 25 Prozent einen solchen staatlichen Betreuungsplatz in Anspruch.

Der vom Staat massiv vorangetriebene Ausbau der Kindergartenplätze für unter Dreijährige stärkt als flächendeckendes Angebot zwar die Wahlfreiheit zwischen privater und staatlicher Kinderbetreuung. Zugleich wäre es aber eine deutliche Einschränkung dieser Wahlfreiheit, wenn der Staat zwar staatliche Krippenplätze verstärkt ausbaut, aber private Kinderbetreuung in der Familie, durch Tagesmütter oder privat organisierte Krabbel- und Mutter-Kind-Gruppen nicht unterstützt.

Hier liegt die Rechtfertigung des Betreuungsgeldes, das - unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern – die unterstützen will, die das staatliche Betreuungsangebot für ihre Kinder nicht nutzen wollen. Sie sollen nach einem Gesetzentwurf von CDU/CSU und FDP für die privat organisierte Betreuung ihrer Kinder im zweiten Lebensjahr 100 Euro monatlich und im dritten Lebensjahr 150 Euro monatlich erhalten.

### **Das Grundgesetz**

Im Grundgesetz heißt es: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.“ Eine Verstaatlichung der Kindheit durch eine einseitige

ge Förderung der außerhäuslichen Betreuung in staatlichen Einrichtungen steht dazu im Widerspruch. Im Sinne des Grundgesetzes sollte staatliche Familienpolitik diejenigen fördern, die sich für Kinder entschieden haben – unabhängig von ihrer Erwerbstätigkeit (aber so, dass sie damit vereinbar ist) und unabhängig von ihrer Entscheidung über die Art der Kindererziehung. Andernfalls müsste der Staat die Schulpflicht konsequenterweise um eine Kindergartenpflicht erweitern. Gelegentlich wird dies auch tatsächlich vorgeschlagen.

Das Betreuungsgeld ist ein Beitrag zur tatsächlichen Wahlfreiheit, denn es erleichtert es, staatliche Betreuungsangebote für Kinder im ersten und zweiten Lebensjahr auszuschlagen. Manche sehen darin eine Gefahr, weil sie – im Gegensatz zum Grundgesetz – das „natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“ staatlichen Maßgaben unterordnen wollen. Das Betreuungsgeld widerspricht auch dem Gedanken, Familienpolitik als Instrument der Arbeitsmarktpolitik zu betreiben. Es ordnet die elterliche Entscheidung eben weder den Ansprüchen des Staates noch den Bedürfnissen der Wirtschaft unter.

Letztlich ist das Betreuungsgeld aber nur ein Vehikel: Konsequenter im Sinne der Stärkung persönlicher Verantwortung wäre die Rückkehr zum erwerbsunabhängigen Erziehungsgeld wie es bis 2007 gegolten hat. Es könnte massiv angehoben werden, denn für das Elterngeld für einigewird heute mit 4,9 Mrd Euro deutlich mehr ausgegeben als zuletzt für das Erziehungsgeld für alle (ca. 2,8 Mrd Euro).

Außerdem wäre es möglich, wieder mehr soziale Ausgewogenheit herzustellen. Im 1. Quartal 2012 gab es 189.000 Empfänger des Elterngeldes. Dabei kosteten jene 20.000 Eltern, die wegen ihres vorherigen Einkommens 1500 Euro oder mehr an Elterngeld erhielten, den Steuerzahler mehr als doppelt soviel wie diejenigen, die nur den Sockelbetrag von 300 Euro erhielten – obwohl das mehr als doppelt so viele Eltern sind (47.000).

**Dr. Stephan Eisel** (1955) ist ehem. Mitglied des Deutschen Bundestages und Projektleiter bei der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er hat Politik- und Musikwissenschaft in Marburg und Bonn studiert. 1979/80 war er Bundesvorsitzender des Rings christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) und 1983 -1992 Redenschreiber und stv. Leiter des Kanzlerbüros bei Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl. Danach leitete er verschiedene Hauptabteilungen in der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er hat u.a. die Bücher „Minimalkonsens und freiheitliche Demokratie“, „Musik und Politik“, „Helmut Kohl – Nahaufnahme“ und „Internet und Demokratie“ sowie zahlreiche Aufsätze veröffentlicht. Stephan Eisel ist u.a. Mitglied im Kuratorium des Europäischen Netzwerkes „Erinnerung und Solidarität“, im Kuratorium der „Stiftung Entwicklung und Frieden“ und stv. Mitglied des Stiftungsrates des Jüdischen Museums Berlin.

25. September 2012

**Stefan Riepe**

## **Acht Baustellen einer globalen Wirtschafts- und Finanzpolitik aus christlich-orientierter Sicht**

Angesichts von Finanz- und Wirtschaftskrisen sind Globalisierung und Marktwirtschaft bei vielen in Verruf geraten. Es wird kritisiert, dass Globalisierung oft einseitig nur als wirtschaftliches Projekt zur Umsatz- und Profiteigerung verstanden wird. Globalisierung muss wieder stärker unter dem Primat der Politik zu einem Bestreben werden, das sich an der Weiterentwicklung der Völkerverständigung und eines gedeihlichen Zusammenlebens der Völker in all seinen Dimensionen festmacht.

Globalisierung ist eine Idee, die gerade deswegen ursprünglich eine so hohe Strahlkraft hatte, weil sie konstatierte, dass die Menschen nicht in verschiedenen Welten leben, sondern alle in derselben. Gerade auch im Hinblick auf die aufstrebenden Staaten aus anderen Kulturkreisen ist es wichtig, dass wir gemeinsame Vorstellungen darüber entwickeln, wie wir diese eine Welt gestalten wollen und welche Ziele wir letztlich haben. Erst gemeinsame fundierte politische Ziele geben der internationalen Kooperation und der Globalisierung ihren tiefen Sinn.

Die Ausgangslagen der Länder der Welt sind sehr unterschiedlich. Auf der einen Seite die westlichen Industrieländer, denen es wirtschaftlich - trotz Krise – insgesamt gut geht; auf der anderen Seite viele Entwicklungsländer aber auch Schwellenländer, in denen weite Teile der Bevölkerung in Armut leben. Vor diesem Hintergrund sollten wir auf internationaler Ebene die Verringerung der materiellen Ungleichheit in der Welt und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen für alle Menschen als das Hauptziel der Globalisierung und der internationalen Zusammenarbeit (re)definieren. Dies muss das tragende Element einer christlich-orientierten nachhaltigen globalen Wirtschaftspolitik sein.

- 1 Wir brauchen eine neue kraftvolle und sichtbare globale Initiative zur Initiierung von Aufholprozessen in den armen Ländern. Gerade von dort, wo die reale Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen am nötigsten ist, können nachhaltige Wachstumsimpulse für die gesamte Weltwirtschaft ausgehen. Die großen wirtschaftlich starken Länder dürfen nicht - über mögliche Bedarfs- bzw. Finanzierungsgrenzen hinaus - mit allen möglichen Tricks nur den kurzfristigen wirtschaftlichen Vorteil für sich (und ggf. auf Kosten der anderen) suchen, sondern sie müssen ein faires Angebot machen, das das Ganze im Blick hat. Zur sinnvollen Integration gehört auch, dass die entwickelten Länder den armen Ländern Zutritt zu ihren Märkten ermöglichen und sie nicht nur als Absatzmärkte oder als Quellen zur Rohstoffversorgung betrachten.
- 2 Wir müssen externe Effekte stärker internalisieren und Umweltgüter angemessener bepreisen. Wir müssen uns fragen ob es unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten sinnvoll ist, selbst geringwertige Wirtschaftsgüter mit Schiff und Flugzeug um den halben Globus zu schicken oder ob nicht eine angemessenere Berücksichtigung der dadurch entstehenden Umweltbelastung nötig ist. Dies könnte auch Anreize verstärken, Waren dort zu produzieren, wo sie abgesetzt werden (regionale Wirtschaftskreisläufe).
- 3 Wir brauchen auch eine verstärkte internationale Zusammenarbeit im Rohstoffbereich. Die internationale Politik muss zeigen, dass sie sich der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen bewusst ist und dass sie in der Lage ist, dieses Problem in einer fairen und für die ganze Mensch-

heit akzeptablen Weise zu lösen. Nur damit kann auch der Spekulation mit Rohstoffen der Boden entzogen werden. Es darf nicht so kommen, dass die gewieftesten bzw. reichsten oder skrupellosesten Länder sich allein die begrenzten Rohstoffe sichern.

- 4 Die Globalisierung hat die Gefahr wirtschaftlicher Macht von Unternehmen tendenziell vergrößert. Internationale Konzerne sind hinsichtlich ihrer Gestaltungsmöglichkeiten dem nationalen Gesetzgeber häufig weit voraus. Die Politik sollte auf die Errichtung einer internationalen Wettbewerbsbehörde hinwirken, die dafür Sorge trägt, dass der Wettbewerb nach fairen Prinzipien abläuft und Mindeststandards eingehalten werden (am besten mit Sitz in Zentralafrika).
- 5 Aus wissenschaftlichen Kreisen ist darauf hingewiesen worden, dass die Wirtschaftskrisen der letzten Jahre auch etwas mit der Divergenz der Einkommens- und Vermögensentwicklung zu tun haben, die darüber hinaus natürlich vor allem auch unter Gerechtigkeitsaspekten mehr als unbefriedigend ist.
  - a In den USA bringen es die Top Ten in der Einkommensskala auf fast 50% des Volkseinkommens. Diese Einkommenselite gibt auch beim Konsum den Ton an: die reichsten 20% der Amerikaner zeichnen demnach für etwa 60% aller Konsumausgaben verantwortlich und bestimmen damit, was produziert wird und wofür begrenzte Ressourcen letztlich verbraucht werden – und sei es für einen Massagesitz in einem Luxusauto oder den Teakholzboden einer Yacht. Ein vom Luxuskonsum gestützter Aufschwung ist nicht anzustreben.
  - b Mit steigendem Einkommen sinkt der Anteil der Konsumausgaben und die Geldhaltung steigt, teilweise so stark, dass die überschüssige Liquidität – sekundiert von den profitierenden Gehilfen der Finanzindustrie - durch die Welt vagabundiert mit dem Ziel des kurzfristigen spekulativen Profits. Die Armen werden durch Werbe- und Finanzindustrie in die Verschuldung getrieben.
- 1 Auch viele Staaten haben sich zu hoch verschuldet und damit die eigene Wirtschaft künstlich befeuert. Der Verschuldung der Staaten müssen wirksam Grenzen gesetzt werden. Die Bereitstellung öffentlicher Güter muss aber auch zukünftig durch den Staat gewährleistet sein. Es ist daher sicherzustellen, dass jeder nach seiner Leistungsfähigkeit dort, wo er wohnt, zur Allgemeinheit beiträgt und sein „Welteinkommen“ zugrunde gelegt wird.
- 2 Im internationalen Rahmen wird für einen fairen Ausgleich der Interessen von Kapital und Arbeit geworben. Arbeit darf durch Steuern und Abgaben nicht stärker belastet werden als Kapital.
- 3 Das Finanzsystem muss robuster gemacht werden. So sollte es z.B. keine systemisch relevanten Banken und Finanzinstitute mehr geben. Banken werden erhebliche steuerliche Vorteile sowie Geldschöpfungsprivilegien gewährt, damit sie volkswirtschaftlich wichtige Funktionen, wie die Kreditgewährung, erfüllen können. Sie dürfen sich dieser Aufgaben nicht entledigen, weil anderes lukrativer ist.

***Stefan Riepe**, geboren 1963, ist Volkswirt und arbeitet im Bundesministerium der Finanzen in Berlin. Der Artikel gibt seine persönliche Auffassung wieder.*

8. Oktober 2012

**Hermann Kues**

## **Christliche Politik – ein klassisches Konzept muss neu definiert werden**

Christlich orientierte Politik ist ein gewichtiger Teil bundesdeutscher Kultur, aber sie ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Ehemals gradlinige Wege vom kirchlichen und (jugend-) verbandlichen Engagement in die Politik hinein sind versperrt oder verschüttet. Die zunehmende Distanz der Bürger zu den politischen Parteien bildet sich hier ab. Während sich rund dreißig Prozent der Bevölkerung bürgerschaftlich engagieren, sind lediglich zwei Prozent Mitglieder einer Partei. Unter engagierten Christen ist das nicht anders. Noch gewichtiger ist aber, dass zwischen der verfassten Kirche und ihren Amtsträgern auf der einen Seite und christlichen Politikern auf der anderen in einigen – wenigen – Fragen ein schwer überwindbarer Dissens besteht, allen Beteuerungen gegenseitiger Achtung und Toleranz zum Trotz.

Nun war das früher nicht anders. Der Streit zwischen dem Zentrumsführer Ludwig Windthorst und Papst Leo XIII. während des Kulturkampfes am Ausgang des 19. Jahrhunderts ist ebenso legendär wie Windthorsts Verteidigung gegen den Vorwurf des Ultramontanismus: Er handele frei nach seinem Gewissen und empfangen von niemandem Weisungen, weder vom Papst noch von den Bischöfen. Sonst eher Pragmatiker als Visionär war er hier seiner Zeit weit voraus und hat die Gewissens- und Entscheidungsfreiheit des christlichen Politikers eingefordert, als sie noch längst nicht allgemeines Gedankengut in der römisch-katholischen Kirche war.

Wo liegen die Grenzen der Autonomie? – Die Diskussion – und mit ihr die Zukunft des Konzepts christlich orientierter Politik – konzentriert sich auf ein zentrales Problem: Den Schutz des werdenden Lebens. Seit der Reform des Abtreibungsparagraphen 218 bis heute wird christlichen Politikern, die nach einem breiten gesellschaftlichen Konsens suchen, von kirchlicher Seite vorgehalten, unerlaubter Weise hinter lehramtliche Festlegungen von hoher Verbindlichkeit zurück zu fallen. Und umgekehrt führen Politiker ins Feld, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern auf dem Wege des Kompromisses beispielhafte humane Lösungen gefunden hat, sowohl mit dem Indikations- und Beratungsmodell als auch beim Embryonenschutz, in der Stammzellforschung und schließlich – aktuellstes Beispiel – bei der Präimplantationsdiagnostik.

Wäre es nicht einfacher (und ist es nicht sogar geboten), sich als christlicher Politiker auf die verbindliche kirchliche Position zurück zu ziehen und sich der Debatte zu entziehen? Wenn es um Tod und Leben gehe, so sagte es neulich der Münchner Kardinal Reinhard Marx, da „kann es keine Abwägung geben. Dann ist es vielleicht besser, sich nicht zu beteiligen“.

Ich habe Zweifel an dieser Position. Von ihr ist der Ausstieg der katholischen Kirche aus dem System der Schwangerschafts-Konfliktberatung geprägt, der 1998 gegen den erheblichen Widerstand vieler deutscher Bischöfe durchgesetzt worden ist. Ich weiß aus vielen Gesprächen mit Beraterinnen, wie wertvoll und – im wahrsten Sinne des Wortes – lebensrettend ihre Arbeit gewesen ist. War es wirklich berechtigt, sich aus dieser höchst verantwortungsvollen Aufgabe zurückzuziehen, mit dem Argument, die reine kirchliche Lehre könne „verdunkelt“ werden? Kann die Kirche wirklich die Verantwortung dafür übernehmen, dass ein Kind möglicherweise nur deshalb nicht zur Welt gekommen ist, weil es kein adäquates kirchliches Beratungsangebot gegeben hat?

Ich glaube das nicht. Für den Politiker kann die Suche nach verträglichen Lösungen nicht aufhören. Kleinere Übel sind sie oft nur, wenn sie an einer Ideallösung gemessen werden. Die ist aber in einer



pluralen Gesellschaft in aller Regel nicht zu erreichen.

Gute Kompromisse haben ihre eigene Würde. Sie kommen allerdings nur zustande – und Demokratie funktioniert letztlich nur – wenn sich möglichst viele bei der Suche nach ihnen beteiligen. Viele – damit ist auch die Kirche gemeint. Es wäre eine unguete Entwicklung, wenn sie zwar zu ganz wenigen – zentralen – Fragen wie dem Schutz des ungeborenen Lebens äußerst pointierte Stellung nähme, darüber hinaus aber christliche Positionen kaum mehr in die Debatte einbrächte. Die Gesellschaft sucht in vielen Feldern nach Orientierung. Das Spektrum reicht von den Auslandseinsätzen der Bundeswehr über die Familienpolitik bis zur Armutsbekämpfung, um nur wenig zu nennen. Selbst die im Transplantationsgesetz so wichtige Definition des Hirntodes ist nicht über alle Zweifel erhaben. Hier und an vielen anderen Stellen können wir auf den fundierten, aus dem christlichen Menschenbild schöpfenden Beitrag der Kirchen nicht verzichten.

Kirche und Politik dürfen sich nicht gegenseitig überfordern. Die Politik kann nichts ‚verordnen‘, was nicht letztlich von den Menschen auch mitgetragen wird. Hier – wo es um Überzeugungen in den Köpfen und Herzen der Leute geht – sind die Kirchen gefragt. Da geht der Ruf an die Politik oft ins Leere. Um es am unverfänglichen Beispiel zu illustrieren: Man kann sonntagsfreundliche Ladenöffnungszeiten fordern, aber man kann nicht daran vorbeisehen, dass sich sonntägliches ‚Shopping‘ ständig steigender Beliebtheit erfreut. Mit Verboten allein richtet man da gar nichts aus. Die Kirchen selbst müssen das Bewusstsein für den Wert des Sonntags wach halten, für ihn werben und – allgemein gesprochen – sich ins gesellschaftliche Spiel der Kräfte weniger als moralische Autorität denn als eine Gemeinschaft mit Überzeugungskraft einbringen.

***Dr. Hermann Kues** (1949), ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Vorsitzender der Ludwig-Windthorst-Stiftung und Vorsitzender des Kardinal-Höffner-Kreises. Im Echter-Verlag ist jetzt von ihm erschienen „Was Kirche und Gesellschaft zusammenhält. Pragmatische Politik in christlicher Verantwortung“*

15. Oktober 2012

**Christian Koecke**

## **Kulturchristen statt Kirchenchristen?** **Die jüngste Allensbach-Umfrage zu Christentum und Politik**

In diesen Tagen wurde eine neue Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach zu Christentum und Politik veröffentlicht. Diese Analyse reiht sich in die seit Jahrzehnten von Allensbach auf diesem Feld getätigten Untersuchungen ein, aber auch in andere Analysen, z.B. dem Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung von 2008 oder der Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung von 2002 (Bernhard Vogel (Hg.), *Religion und Politik*. Freiburg: Herder 2003).

Allensbach stellt in Bezug auf die Auffassungen der Befragten zu Christentum und Politik ein „uneinheitliches Bild“ fest. Worum geht es?

Zunächst einmal stellt Petersen die weiter fortschreitende Abwendung der Bevölkerung von der Kirche und den Rückgang der Religiosität heraus. Dieser Befund ist so wahr und so oft wiederholt, dass er für sich keine Aufmerksamkeit mehr erzeugt. Allenfalls die Entwicklung, also der Neigungswinkel des Niedergangs, kann noch aufhorchen lassen. Zieht man dazu die KAS-Umfrage heran, zeigt sich ein verstärkter Rückzug von christlichen Glaubensinhalten. Damals bekannten sich z.B. 52% zur Trinität, bei Allensbach heute sind es nur noch 32% der Befragten. In einem kommentierenden Artikel war damals von der „halbierten Glaubengesellschaft“ die Rede. Die jetzigen Zahlen sind schonungsloser: Sie sprechen nur noch von einem Restdrittel von Deutschen, die wesentlichen Elementen der christlichen Lehre zustimmen.

Wo etwas verschwindet, wird es durch anderes ersetzt. Auf einer ersten Stufe von Kompensation stellt Allensbach die Zunahme dogmatisch weniger klar umrissener, „weicher“ Glaubensinhalte fest: „überirdische Macht“ (53%), „Schutzengel“ (54%), „Seelenwanderung“ (20%) sogar „verschiedene Götter“ (10%) deuten auf ein neues westöstliches Wohlfühlamalgam hin, in dem vieles zusammenfließt, was nur durch *eines* aus Sicht der „Gläubigen“ geadelt ist: Es wird nicht von Drohbotschaftern in schwarzer Dienstkleidung vorgetragen.

Die Kompensation zweiter Stufe ist noch interessanter: die Verlagerung vom Kirchenchristentum zum Kulturchristentum. Mit diesem Begriff wird allgemein eine Haltung beschrieben, in der zwar die kulturellen, moralischen und politischen Errungenschaften und Elemente des Christentums geteilt werden, aber die eigentlichen Glaubensinhalte in den Hintergrund rücken. Die Allensbacher haben eine Reihe Belege dafür gesammelt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung sich mit der christlichen Tradition des Landes identifiziert und eine vom Christentum geprägte politische Kultur gutheißt. Z.B. spricht sich eine relative Mehrheit von 48% dafür aus, dass das Christentum „eine bevorzugte Stellung“ in Deutschland haben solle.

In der KAS-Umfrage war schon damals auffällig, wie aus der halbierten *Glaubengesellschaft* eine Zweidrittel-Gesellschaft wurde, wenn man nach Religionsunterricht in öffentlichen Schulen, christlichen Symbolen in staatlichen Institutionen, nach christlichen Werten in der Politik etc. fragte. Wir haben damals eine breite Zustimmung zum Status quo des bundesdeutschen Staat-Kirche-Verhältnisses und eine weitgehende Sympathie für eine wertorientierte und christlich motivierte Politik festgestellt. Das Christliche wird also als ein Ordnungsrahmen, als „Stoff“, der „die Gesellschaft zusammenhält“, d.h. in seiner Funktionalität ausdrücklich gutgeheißen. Es ist mehrheitlich als Mittel gewünscht, aber nicht mehr als Zweck.

Welche politische Strömung kann aus dieser Haltung einen Vorteil ziehen? Allensbach kommt zu einem für Christdemokraten bitteren Ergebnis: „Der Begriff der christlichen Politik (ist) mit Inhalten aufgeladen worden, die man eher als links oder linksliberal denn als konservativ bezeichnen kann.“ In der KAS-Umfrage wurden damals auch zwei Fragen zur Christdemokratie gestellt. Ernüchternd für jede christdemokratisch gestimmte Runde war das Ergebnis der zweiten Frage, nämlich die, ob die CDU dem Anspruch des „C“ genüge und tatsächlich christliche Wertvorstellungen umsetze. 73% (!) verneinten diese Frage, nur 16% (darunter nicht überproportional viele CDU-Anhänger) bejahten sie.

Allensbach ist in der Analyse jetzt weiter gegangen und hat nachgeforscht, was die Menschen denn als „christlich“ im Unterschied zu „konservativ“ empfinden. Hier liegt ein methodisches Potential, aber auch eine Ungenauigkeit. „Christlich“ und „konservativ“ sind ja nun nicht diametral verschieden, eine trennscharfe Bestimmung ist daher nicht möglich. „Konservativ“ ist darüber hinaus ein in der Politikdebatte in Deutschland so verbrannter Begriff, dass er synonym mit „reaktionär“, „unbarmherzig“, „prinzipienreiterisch“ stark emotional besetzt ist. „Konservativ“ ist auch beileibe nicht deckungsgleich mit den Positionen der CDU. Allensbach will aus diesen Zahlen erkennen, dass „christlich“ eher mit „linken“ Begriffen assoziiert wird. Aber die CDU hat sich den Sozialstaat, den Einsatz für die Schwachen und die Entwicklungshilfe genauso auf die Fahnen geschrieben wie SPD und Grüne, das Christlich-Soziale ist ihr Markenkern. Hier ist das demoskopische Mikroskop also noch nicht fein genug eingestellt.

Aussagekräftiger ist dagegen, dass die klassischen Überzeugungselemente konservativer Christen (gegen Abtreibung, gegen die Homo-Ehe, gegen den verkaufsoffenen Sonntag) nicht mit „christlich“, sondern mit dem Parawort „konservativ“ belegt werden. Hier hat sich allerdings ein grundlegender Sinneswandel vollzogen. Die Bevölkerung scheint meilenweit entfernt zu sein von den trennenden Deduktionen der christlichen Morallehre, wie sie die meisten katholischen Bischöfe und ein Teil der evangelischen Kirche vollziehen. „Christlich“ wird zum Inbegriff einer wohlmeinenden und unterstützenden Haltung gegenüber den typischen Protagonisten des progressiven Zeitgeistes: den bedrängten Minderheiten, den sozial Schwächsten, den Opfern „repressiver Systeme“. Eine Politik für den selbstverantwortlichen Mittelstand oder die Stärkung der klassischen Familie mit selbständigem Erziehungsauftrag der Eltern gerät da aus dem Blick und wird offensichtlich immer weniger mit „christlich“ assoziiert. Die CDU hat sich darauf eingestellt und folgt dem wandernden Begriffsfeld.

***Dr. Johann Christian Koecke (1958), hat Philosophie und Geschichte studiert. Seit 1993 ist er in wechselnden Funktionen bei der Konrad-Adenauer-Stiftung beschäftigt, mit dem Schwerpunkt Religion und Politik sowie Politische Grundsatzfragen.***

22. Oktober 2012

**Tanja Gönner**

## **Grundwerte in der Entwicklungszusammenarbeit**

Hunger, Armut, Klimawandel, Verknappung von Ressourcen, Finanz- und Wirtschaftskrise, Bürgerkriege und Terrorismus – mit welchen Herausforderungen wir konfrontiert sind, kann man täglich in der Zeitung nachlesen oder im Fernsehen verfolgen.

Armut und soziale Ungerechtigkeit auf der Welt zu reduzieren, ist ein Gebot der Solidarität mit denen, die gegenwärtig keine Möglichkeit haben, ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben zu führen, und deshalb eine zentrale Begründung für Entwicklungszusammenarbeit. Durch Zugang zu Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sowie Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten können viele Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern ihre Chancen auf eigene Entwicklung erhöhen.

Neben der Solidarität mit dem ärmeren Teil der Weltbevölkerung ist ein zweiter wesentlicher Grund für Entwicklungszusammenarbeit die Suche nach gemeinsamen Lösungen für regionale oder globale Herausforderungen wie Klimawandel, Reduzierung der Artenvielfalt und anderer Ressourcen, Sicherheitskonflikte und fragile Staatlichkeit, Bevölkerungswachstum und Urbanisierung. Diese Themen, gerade auch der Erhalt globaler öffentlicher Güter wie Klima, Umwelt und Sicherheit, erfordern ein gemeinsames Handeln von Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern. Sie rückten nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro immer stärker in den Fokus der Entwicklungszusammenarbeit. Im entwicklungspolitischen Konzept des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wird deshalb „eine zukunftsfähige globale Entwicklung“ als Leitbild der deutschen Entwicklungspolitik bezeichnet.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit basiert auf Grundwerten. 1991 wurden vom BMZ unter Leitung von Bundesminister Spranger die sog. „Spranger“-Kriterien definiert, die unabhängig von Regierungswechseln seit über 20 Jahren in ihren Grundzügen Gültigkeit haben: Beachtung der Menschenrechte, Beteiligung der Gesellschaft am politischen Prozess, Gewährleistung von Rechtssicherheit, Schaffung einer marktorientierten Wirtschaftsordnung und Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns.

Die „Spranger“-Kriterien betonten die Werteorientierung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und unterstrichen ihre politischen Dimensionen. Die Beratung und Unterstützung von Reformen zur Verbesserung der Regierungsführung (Good Governance) wurde ein immer wichtigeres Thema für die Entwicklungszusammenarbeit, z.B. im Bereich der öffentlichen Finanzen zur Verminderung von Ineffizienz und Korruption oder im Bereich der Justiz zur Sicherung der Rechtsstaatlichkeit. Mit dem Konzept „Menschenrechte in der deutschen Entwicklungspolitik“ hat das BMZ 2011 die Bedeutung der Menschenrechte für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit noch einmal bekräftigt.

Werte und Interessen sind in meinen Augen im Übrigen keine Gegensätze. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP spricht deshalb davon, dass „in der Verfolgung der Ziele unserer Entwicklungspolitik unsere Werte und Interessen gleichermaßen zum Ausdruck kommen“, weil das Engagement für die gemeinsame Bewältigung globaler Krisen wie Klimawandel oder Finanz- und Wirtschaftskrise und für die gerechte Gestaltung der Globalisierung nicht nur im Interesse unserer Partnerländer, sondern auch im deutschen Interesse ist. Der Klimawandel, der schon heute viele Partnerländer in starkem Maße betrifft und zur Zunahme von Dürren, Überschwemmungen und

Wirbelstürmen führt, macht vor unseren Grenzen ebenso wenig halt wie die Flüchtlings- und Migrationsströme, die durch Armut und Perspektivlosigkeit, politische Unterdrückung und Bürgerkriege sowie Umweltkrisen und Naturkatastrophen verursacht werden.

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH setzt sich im Auftrag der Bundesregierung weltweit für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen ein und leistet einen Beitrag zur Verwirklichung der Menschenrechte. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist dabei der wichtigste Auftraggeber der GIZ. Darüber hinaus ist die GIZ für weitere Bundesressorts, für Bundesländer und Kommunen sowie für öffentliche und private Auftraggeber im In- und Ausland tätig. Als Bundesunternehmen in der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung agiert sie auf der Grundlage des Grundgesetzes, insbesondere der darin enthaltenen menschenrechtlichen Garantien. Die Unternehmenswerte als Teil des Leitbildes der GIZ basieren auf dem Leitprinzip der nachhaltigen Entwicklung. Die GIZ geht davon aus, dass nur das Zusammenspiel von sozialer Gerechtigkeit, ökologischem Gleichgewicht, politischer Teilhabe und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit heute und zukünftig ein Leben in Sicherheit und Würde ermöglicht.

Deshalb hat die GIZ in ihrer Arbeit ökologische, ökonomische, soziale und politische Aspekte gleichermaßen im Blick. Sie fördert ein enges Zusammenwirken von Staat, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft und unterstützt Menschen, Organisationen und Gesellschaften bei ihren Veränderungsprozessen hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, die nicht als einmal erreichtes Ziel, sondern als permanenter Such- und Aushandlungsprozess verstanden wird.

Die Werteorientierung der GIZ drückt sich in ihrer gesamten Arbeit aus, alle Vorhaben in allen Geschäftsbereichen folgen dem Leitprinzip der nachhaltigen Entwicklung. Darüber hinaus gibt es Projekte und Programme, die sich speziell mit der Umsetzung von Menschenrechten beschäftigen. Im Rahmen des GIZ-Projektes „Stärkung der Kapazitäten des Afrikanischen Menschenrechtsgerichtshofs“ wurde beispielsweise der Aufbau dieses neuen Organs innerhalb der Afrikanischen Union unterstützt, damit auch in Afrika eine regionale Justizinstanz zum Schutz der Menschenrechte existiert.

***Tanja Gönner** ist seit Juli 2012 Vorstandssprecherin der GIZ. Von 2005 bis 2011 war sie Umweltministerin des Landes Baden-Württemberg, von 2002 bis 2004 Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Seit 2000 ist sie Mitglied im Bundesvorstand der CDU.*

29. Oktober 2012

**Norbert Lammert**

## **Ökumene jetzt Wer wir sind und was wir wollen**

Im Oktober dieses Jahres erinnern wir an den 50. Jahrestag der Eröffnung des zweiten vatikanischen Konzils. Dabei befinden wir uns längst in der oft genannten „Luther-Dekade“, in der wir den 500. Jahrestag der Reformation und die Bedeutung dieses Ereignisses für unser Land würdigen wollen. Zwei herausragende Ereignisse der Kirchengeschichte, mit nachhaltigen Folgen für Deutschland und weit darüber hinaus. Nicht nur für engagierte Christen sind dies hinreichende Anlässe, um sich mit der Frage zu beschäftigen, warum es überhaupt zur Trennung der Kirchen gekommen ist und ob es heute noch überzeugende, gar zwingende Gründe für die Aufrechterhaltung dieser Trennung gibt.

Diese Fragen verbinden die Initiatoren des Aufrufes mit dem Titel „Ökumene jetzt: ein Gott, ein Glaube, eine Kirche“, der Anfang September 2012 in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Als engagierte Christen beider Konfessionen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur, Sport und anderen gesellschaftlichen Bereichen sehen wir uns – trotz unterschiedlicher Berufe, Temperamente und Interessen – in der Pflicht, gemeinsam an der Debatte über die Zukunft unserer Kirche zu beteiligen. Viele engagierte Katholiken wie Protestanten registrieren mit Ernüchterung und Enttäuschung den als unzureichend empfundenen Fortschritt in der Ökumene. Wir glauben, dass die Zeit längst gekommen ist, für eine Veränderung zu sorgen. Ein Prozess, der im Übrigen vor Ort an der Basis viel stärker vorangetrieben wird, als die Kirchen ihn amtlich zur Kenntnis nehmen.

Wir wollen nicht, dass nach den bevorstehenden Jubiläumsfeiern mit grandiosen Ausstellungen, hoch interessanten Symposien und vielen neuen Publikationen alles so bleibt, wie es vorher war. Dies ist das Anliegen unserer Initiative, die kein Verein und keine Organisation ist, sondern ein Zusammenschluss überzeugter Christen, die jeweils als Privatpersonen ihre Wahrnehmungen, ihre Erwartungen und ihre Hoffnungen auf diesem gemeinsamen Wege zum Ausdruck bringen wollen. Mit unserem Aufruf von dreiundzwanzig Erstunterzeichnern, katholischen wie auch evangelischen Gläubigen, wollen wir daran erinnern, dass „die Unterschiede“, die es zweifellos gibt, „die Aufrechterhaltung der Trennung nicht rechtfertigen“.

Dass dies nicht nur möglich ist, sondern größtenteils der gelebten Realität entspricht, konnte in anschaulicher Weise die Vorstellung unserer Initiative im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz Anfang September zeigen. Thomas de Maizière, der derzeitige Bundesminister der Verteidigung, machte darauf aufmerksam, dass „je weiter unten, desto mehr das Gemeinsame, umso weiter oben, je mehr das Trennende betont wird.“ Daran knüpfte auch Eckhard Nagel an, der bei der Vorstellung der Initiative wiederholt daran erinnerte, dass beim zweiten Ökumenischen Kirchentag, an dem er als Evangelischer Präsident teilgenommen habe, beide Kirchenleitungen Fortschritte in einer Reihe von praktischen pastoralen Fragen zugesagt und in Aussicht gestellt haben, auf deren Umsetzung indes immer noch gewartet werde. Für Wolfgang Thierse, Bundestagsvizepräsident, ist der Aufruf als „Ausdruck unserer Ungeduld mit dem Zustand der ökumenischen Bemühungen“ zu verstehen.

Besonders beeindruckend war die Bemerkung von Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker, dem früheren Präsidenten des Evangelischen Kirchentags, der als Erstunterzeichner des Aufrufes die Initiative als „einen neuen Sonnenaufgang“ bezeichnete. „Was aufhören muss, ist das dogmati-

sche Schwert“, betonte bei dieser Gelegenheit Antje Vollmer, die ehemalige Bundestagsvizepräsidentin. Auch wenn die Kirchen sich in den äußeren Formen wie auch im Verständnis mancher theologischer Inhalte voneinander unterscheiden, dürfe dies die Christen nicht länger daran hindern, gemeinsam die Kommunion oder das Abendmahl zu empfangen. Hans Maier, der langjährige Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, bemerkte in diesem Zusammenhang, dass es ihm „wichtig wäre, dass die Evangelischen ihre Katholizität entdecken und die Katholiken ihr evangelisches Potenzial“.

Unser Appell richtet sich daher an beide Konfessionen, insbesondere aber an all diejenigen, denen die Zugehörigkeit zu ihrer Kirche und die Verbindung mit dem christlichen Glauben nicht nur ein zufälliges Merkmal, sondern ein persönliches Anliegen ist. Und er richtet sich sowohl an die Kirchenleitungen als auch an die Gemeinden, um die Ökumene gemeinsam weiter voranzutreiben. Insofern ist der Aufruf als eine Einladung zu verstehen, sich nicht nur an einer Initiative, sondern in erster Linie auch an einer Auseinandersetzung zu beteiligen, die wir für überfällig und notwendig halten.

Deshalb bieten wir die Möglichkeit an, durch die eigene Unterschrift über die Webseite der Initiative den Aufruf persönlich zu unterstützen ([www.oekumene-jetzt.de](http://www.oekumene-jetzt.de)). Parallel dazu steht auch im Internet ein öffentliches Diskussionsforum zur Verfügung ([www.kreuz-und-quer.de](http://www.kreuz-und-quer.de)), in dem wir Stellungnahmen, Kritik und selbstverständlich auch Einwände, Hinweise, Erfahrungen wie auch konkrete Beispiele für gelebte Ökumene sammeln und vermitteln wollen, um auf diese Weise einen Anschlag für weitere Veränderungen zu leisten.

Die vielen Reaktionen, mehr als viertausend Unterschriften innerhalb einer Woche, darunter auch bereits zahlreiche Unterstützer, die sich über die verschiedenen Medien zu Wort gemeldet haben, sind ein deutliches Indiz dafür, dass der gemeinsame Aufruf, den wir als eine Einladung zu einem Dialog über die heutige Lage der Kirchen verstehen, genau die breite Debatte innerhalb und außerhalb der Kirchen eröffnet hat, die wir gewünscht und auch erbeten haben.

„Ökumene jetzt: ein Gott, ein Glaube, eine Kirche“: Die Auseinandersetzung über die damit verbundenen Fragen und möglichen Antworten ist zweifellos erlaubt und auch überfällig. Und wenn wir uns mit dieser Frage nicht auseinandersetzen, in einem Jahr, in dem wir an 50 Jahre zweites vatikanisches Konzils zurückdenken und in einer Zeit, in der wir uns mitten in der „Luther-Dekade“ auf dem sicheren Weg in ein 500-jähriges „Jubiläum“ der Kirchenspaltung befinden, bleibt zu fragen, wann eigentlich sonst, wenn nicht jetzt. Und wer soll sich eigentlich sonst damit befassen, wenn nicht wir, die sich mit unseren jeweiligen Kirchen verbunden fühlen.

*Norbert Lammert gehört seit 1980 dem Deutschen Bundestag an und ist seit 2005 dessen Präsident. Von 1989 – 1998 war er Parlamentarischer Staatssekretär in den Bundesministerien für Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr und danach bis 2002 kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. 2002 wurde er Vizepräsident des Deutschen Bundestages, seit 2001 ist er stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.*

5. November 2012

**Peter Weiß**

## **Das Spezifikum einer Sozialpolitik, die aus christlichem Impetus rührt**

**Stehen Christen in einer besonderen Verantwortung, sich in die Sozialpolitik einzumischen?  
Und wenn ja wie sollte diese Politik ausgestaltet sein?**

Vor 50 Jahren wurde das Zweite Vatikanische Konzils eröffnet. Eine der wichtigsten Konzilsbeschlüsse ist die Pastoralconstitution *Gaudium et Spes*. In ihr heißt es: „Das Konzil fordert die Christen ... auf, nach treuer Erfüllung ihrer irdischen Pflichten zu streben, und dies im Geist des Evangeliums“ (GS 43). Sprich: wer seine irdischen Pflichten vernachlässigt, weil er sich ganz auf das kommende Reich Gottes ausrichtet und sich lediglich als Gast auf Erden sieht, der verfehlt die Erfüllung seiner Berufung als Christ. Die „Lehrmäßige Note über den Einsatz und das Verhalten der Katholiken im politischen Leben“ von 2002 konkretisiert die Konzilsaussage für das politische Wirken: christliche Politiker leisten „ihren stimmigen Beitrag, damit durch die Politik eine soziale Ordnung entsteht, die gerechter ist und mehr der Würde des Menschen entspricht.“

Es geht also darum, einen von der Idee Menschenwürde inspirierten politischen Rahmen zu schaffen, der ein gerechtes (Zusammen-)Leben der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht. Dabei geht es für Christen um mehr, als im politischen Alltagsgeschäft nur dem natürlichen Sittengesetz – das auf Kant rekrutiert und im Grundgesetz Artikel 2 festgeschrieben ist – gerecht zu werden. Vielmehr entscheidet sich für sie am christlichen Menschenbild, welchen Weg ihre Politik einschlägt.

Enttäuschen muss ich jene die meinen, christliche Politiker sollten oder könnten eins zu eins die kirchlichen Wünsche durchsetzen – mögen diese auch ihre Berechtigung haben. Christen sind, von einigen Grundsätzen abgesehen, in politischer Einzelfragen nie immer alle einer Meinung. Von verschiedenen Lösungsoptionen hat jede ihre Redlichkeit, die auf das christliche Menschenbild und die Menschenwürde rekrutiert. Politik, die dezidiert diesem Verständnis des Menschen folgt, ist immer darauf bedacht und verpflichtet, die Kräfte zu achten die ein Mensch zur Gestaltung seines Lebens aufbringen kann und unterstützt ihn dabei. Elementar ist, dem Menschen nicht mit Misstrauen zu begegnen, sondern mit Achtung vor seinen Fähigkeiten, seinen Ziele und dem Zutrauen, seine Lebensführung selbst bestimmen zu können.

Damit wächst Politik, aber auch Gesellschaft, die Aufgabe zu, den Einzelnen dort zu unterstützen und zu helfen wo er diese Hilfe braucht, ohne dabei seine Freiheit einzuschränken. Christlich motivierte Politik würde ihre Aufgabe verfehlen, wenn sie ein enges Netz von Vorschriften und Maßnahmen knüpft, die Menschen am selbstbestimmten Leben hindern. Es gilt, Bürgerinnen und Bürgern in der Gesellschaft ihre freie, individuelle Entfaltung zu einem selbstbestimmten Leben zu gewährleisten. Ihnen etwas zuzutrauen. Dies schließt auch die Gefahr des Scheiterns ein. Deshalb braucht es ein soziales Auffangnetz sowie gesellschaftliche Solidarität. Staatlicher Hilfe bedarf es dort, wo eigene Kräfte und die subsidiärer Organismen versagen. Sozialpolitik aus christlicher Verantwortung sucht den Weg zwischen zu wenig und zu viel Sozialleistungen. So gilt zu bedenken, dass viele Menschen durch immer mehr Sozialleistungen unterfordert werden und das Zutrauen in sich selbst schwindet und solch eine Politik das christliche Menschenbild verfehlt.

Ein christlicher Politiker muss stets die Gerechtigkeit im Blick haben. Getreu der christlichen Soziallehre bedeutet auch für mich Gerechtigkeit in erster Linie Beteiligungsgerechtigkeit. Jeder Person, mit ihren je eigenen Begabungen und Vorstellung vom Leben, die grundlegende Chance



geben, ihre Ziele verwirklichen zu können. Es ist nicht ausschlaggebend, dass jeder von allem gleich viel hat.

Ausschlaggebend ist auch nicht, dass alle die gleiche berufliche Karrierestufe erreichen. Gleichmacherei wird der individuellen Persönlichkeit eines jeden Menschen nicht gerecht. Daher gilt, allen, unabhängig ihres sozialen Status, Bildungs- und Berufsmöglichkeiten zu eröffnen. Ein Weg ist das Bildungs- und Teilhabepaket, wohlwissend, dass aus christlicher Sicht auch andere Optionen möglich wären. Gerechtigkeit bedeutet Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Der Arbeitsplatz dient nicht nur zur Sicherung des Lebensunterhaltes, sondern auch der aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, dem Gefühl, gebraucht zu werden.

Sozialpolitik aus christlicher Verantwortung ist darauf bedacht, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen Menschen ihre Grundbedürfnisse befriedigen sowie Freiheitsräume erschließen und gestaltet können. Daneben besteht an einigen Stellen die Notwendigkeit der staatlichen Intervention, um einen gerechten, menschenwürdigen sozialen Ausgleich zu schaffen. Um dies an einem Beispiel zu konkretisieren: trotz eines – gemäß des Subsidiaritätsgrundsatzes von den Sozialpartnern festgelegten – Mindest-/Tariflohnes kann es nötig sein, dass der Staat Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finanziell unterstützt, beispielsweise Familien mit Kindern.

Ich wünsche mir, dass sich mehr Frauen und Männer in der Politik für christliche Werte engagieren. Und das ist nicht nur eine Frage, die die Parteien bei der Auswahl Ihrer Kandidatinnen und Kandidaten beantworten müssen. Diese Frage stellt sich genauso an unsere Pfarrgemeinden und kirchlichen Verbände. Üben sich da mittlerweile nicht viel zu viele in Abstinenz gegenüber der Politik? Wo bleibt die Ermutigung an die aktiven Katholiken, sich auch für ein Engagement in den Parteien und für politische Mandate zur Verfügung zu stellen? Die Türen der Parteien – vor allem auch die der CDU – stehen für sie offen.

**Peter Weiß (1956)**, ist Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und u.a. Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales und u.a. Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er ist Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Vorsitzender der Aktion Psychisch Kranke, Präsident des Maximilian-Kolbe-Werks und Vorsitzender der Maximilian-Kolbe-Stiftung.

12. November 2012

**Thomas Sternberg**

## **Begründet statt „alternativlos“ Zum christlichen Kompass der CDU und seiner Justierung**

Zum Unwort des Jahres wurde im vergangenen Jahr das Wort „alternativlos“ gewählt. Sieht man einmal von dem Motiv der Auswahl ab, Kanzlerin Angela Merkel zu treffen, die dieses Wort bei der Begründung für die Griechenland-Hilfe gebraucht hatte, stellen sich doch grundsätzliche Fragen zu diesem problematischen Begriff. Seine Verwendung beschränkt sich auch keineswegs auf eine politische Richtung. Hannelore Kraft bezeichnete ihre Verschuldungspolitik als „alternativlos“, um jeglicher Kritik von vornherein den Boden zu entziehen. Der Sprecher der „Unwort-Jury“ sagte damals zur Begründung: "Das Wort suggeriert sachlich unangemessen, dass es bei einem Entscheidungsprozess von vornherein keine Alternativen und damit auch keine Notwendigkeit der Diskussion und Argumentation gäbe“.

Schon vor mehreren Jahrzehnten wurde eine Diskussion darüber geführt, ob politische Entscheidungen immer weniger möglich sind. Es handelte sich um eine, durchaus kontrovers geführte Debatte ob es eine logische Entwicklung hin zum "technischen" Staat gebe. Behauptet wurde eine fast uneingeschränkte „Herrschaft der Sachzwänge“. Helmut Schelsky hat in seiner Variante der amerikanischen Technokratie-These bereits in den sechziger Jahren beschrieben, wie hier Herrschaftsverhältnisse ihre Machtausübung von Menschen über Menschen verlören. "Wir behaupten nun, dass durch die Konstruktion der wissenschaftlichen-technischen Zivilisation ein neues Grundverhältnis von Mensch zu Mensch geschaffen wird, in welchem das Herrschaftsverhältnis seine alte persönliche Beziehung der Macht von Personen über Personen verliert, an die Stelle der politischen Normen und Gesetze aber Sachgesetzlichkeiten der wissenschaftlich-technischen Zivilisation treten, die nicht als politische Entscheidungen setzbar und als Gesinnungs- oder Weltanschauungen nicht verstehbar sind. Damit verliert auch die Idee der Demokratie sozusagen ihre klassische Substanz: an die Stelle des politischen Volkswillens tritt die Sachgesetzlichkeit, die der Mensch als Wissenschaft und Arbeit selbst produziert". Der Politiker weiche dieser Theorie nach zunehmend dem Experten. Politische und politisch zu verantwortende Entscheidungen treten hinter die so genannten "Sachgesetzlichkeiten" zurück.

Wenn sich sowohl der "Befehlende" wie der "Gehorchende" dem Sachzwang verpflichtet fühlen, sich an den funktionalen Vorschriften einer Sachgesetzlichkeit orientieren, dann bedarf eine solche auf ein technokratisches Leitbild sich berufende Herrschaft auch keiner Rechtfertigung durch den Rückgriff auf gemeinsam verpflichtende Werte und Normen mehr. Jede Berufung auf eine Dimension jenseits des Nützlichen und des funktional Erforderlichen wurde in der politischen Philosophie als ideologischer Schein entlarvt. Politik und Herrschaft scheinen dann allein von Interessen, Interessen von Person oder auch von Sachen gestützt zu sein.

In der Geschichte hat sich Herrschaft dagegen legitimiert durch den Bezug auf ein übergreifenden, umfassend geglaubten Staatszweck, der über das nur Nützliche, den staatlichen Rechtsschutz oder seine Friedensgarantie hinaus wies. Wenn solche allgemeinen Normen für staatliches Handeln und für "gerechte Herrschaft" auf Interessenskonsense und Sachgerechtigkeit reduziert werden, die im wesentlichen auf die Sicherung von Leben, Glück und vor allem Eigentum basiert, dann ist dies als Rechtfertigungsbasis moderner Herrschaft gefährlich schmal. Diese Grundlage ist in Erinnerung zu rufen angesichts einer politisch-ökonomischen Lage, die mit Rückschnitten und Verlusten umzugehen hat. Der Staat ist nach dem Konzept der „Alternativlosigkeit“ seiner ökonomisch und technisch begründeten Handlungen nicht mehr ein Garant sittlicher Normen, sondern nur noch ein

technischer Dienstleistungsbetrieb.

Die CDU hat in ihrer Programmatik und Politik immer eine andere Fundierung gesucht. Sie bemüht sich um klärende ethische Ortsbestimmungen, die aus vielen Gründen heute sehr viel schwieriger sind als in der Vergangenheit. Ausgangspunkt aller Überlegungen ist in allen Programmen das christliche Menschenbild. Die CDU ist die einzige Partei in Deutschland, die die Frage nach einem Menschenbild überhaupt als anthropologische Voraussetzung zu einer zentralen Frage ihrer Grundsatprogrammatik macht. In den Programmen der anderen Parteien in Deutschland wird man vergeblich nach entsprechenden Grundsatpositionen suchen. Die Christdemokratie bewahrt hier eine Tradition, die mit ihren Anfängen als einer dezidiert christlichen, ökumenischen Partei nach dem Ende des zweiten Weltkrieges zusammenhängt.

Wenn sich eine Partei auf ein solches christliches Menschenbild und die daraus resultierenden Wertvorstellungen stützt, besagt das noch keineswegs, dass sie so etwas wie eine politische Kirche wäre oder es hier um eine Kirchenherrschaft über die Politik ginge. Im Kern geht es um die Überzeugung, dass es keinen wertneutralen Staat geben kann, auch wenn es ihm um die Reduzierung auf bloß monetären Wohlstand einer möglichst großen Zahl ginge.

Das Parteiprogramm der CDU von 1978 sagt, wie solch eine identitätsstiftende Grundüberzeugung aussehen kann. "Aus christlichem Glauben lässt sich kein politisches Programm ableiten. Aber er gibt uns mit seinem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Auf dieser Grundlage ist gemeinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich." Insbesondere in einer Zeit, in der die Parteiprogrammatiken aller Parteien merkwürdig ineinander zu fließen scheinen, ist die Orientierung an einem christlichen Menschenbild wichtig und kann geradezu eine Partei attraktiv machen für Christen wie Nichtchristen.

Aber auch wenn man Grundsatprogramme für wichtig hält – sind sie mehr als rhetorische Übung für allfällige Schönwetterreden? Es stellt sich die Frage, wie die die alltäglichen politischen Entscheidungen an die Grundsatprogrammatik unserer CDU rückgebunden sind. Vielleicht ist es das, was nicht wenigen Mitgliedern das Unbehagen vermittelt, zwar eine mehr als funktionierende, ja gute Politik zu erleben, aber die konkrete Rückbindung vermissen, wo diese oder jene Richtungsentscheidung in dem verankert ist, was die CDU als Partei ausmacht. Der „Kompass“, ein Kernbegriff in der Grundsatrede der Vorsitzenden Angela Merkel beim Parteitag 2011, muss auch in komplizierten Entscheidungen deutlich werden.

Aus der Überzeugung, dass Politik weder "alternativlos" noch allein technisch ist, gilt es, die christlichen Grundlagen der Partei wie sie in ihrer Programmatik formuliert sind, für praktische Politik fruchtbar zu machen und den Kompass der CDU gut justiert zu halten.

**Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg (1952)**, MdL hat nach einer Bäckerlehre Germanistik, Kunstgeschichte und Theologie in Münster, Bonn und Rom studiert. Seit 1988 ist er Direktor der Katholisch-Sozialen Akademie FRANZ HITZE HAUS Münster. Seit 1997 ist er Sprecher für kulturpolitische Grundfragen im Zentralkomitee der deutschen Katholiken und gehört seit 2005 ist er Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen an, wo er kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion ist.

19. November 2012

**Volker Kauder**

## **Über Christenverfolgung nicht schweigen**

Christen haben weltweit am stärksten unter Bedrängnis und Verfolgung zu leiden. Doch diese erschreckende Tatsache ist durch die Medien in Deutschland, von den Kirchen, aber auch in der deutschen Öffentlichkeit lange nicht wirklich wahrgenommen worden. Dabei gibt es Schätzungen, dass Christen zunehmend von Diskriminierung, Bedrängnis und Gewalt betroffen sind. Manche Organisationen sprechen für das Jahr 2009 bereits von etwa 100 Millionen betroffenen Menschen. Benachteiligung, Bedrängnis und Verfolgung gehen vielfach ineinander über und lassen sich in unterschiedlicher Ausprägung in vielen Ländern beobachten.

Christliche Konvertiten im Iran und anderen islamisch geprägten Ländern, Christen in den Nubabergen im Sudan, aber auch evangelikale Christen in Eritrea sind aufgrund ihres Bekenntnisses direkt vom Tode bedroht. Terroristen wie die „Boko Haram“ in Nigeria oder die al-Shabaab-Milizen in Kenia zerstören gezielt Kirchen und töten Gottesdienstbesucher. In den Wirren, die der „Arabische Frühling“ nach sich gezogen hat, stehen die traditionellen christlichen Minderheiten vielfach auf der Seite der Verlierer. Sie sehen sich isoliert und aufgrund ihrer Religion benachteiligt. Viele fliehen aus den für sie zunehmend unsicheren Staaten wie Ägypten, aber auch aus Syrien. Gerade in Syrien besteht die Gefahr, dass die christlichen Gemeinden, die etwa 10 % der Bevölkerung stellen, so wie es schon zuvor im Irak der Fall war, zwischen die Fronten geraten. In autoritären Regimen wie der Volksrepublik China, aber auch in Demokratien wie der Türkei, finden sich Christen ganz offen drangsalieren und benachteiligt. Ein Ende ist nicht in Sicht.

Wer gegen die Benachteiligung, Drangsalierung und Verfolgung von Christen aktiv werden will, muss dies in einer zunehmend säkularen Gesellschaft tun, in der der persönliche Bezug zur Religion immer mehr abnimmt. Damit hat sich vielfach die Meinung durchgesetzt, Religion sei Privatsache und habe in der Öffentlichkeit nichts zu suchen. Christen, die in anderen Ländern verfolgt werden, weil sie sich öffentlich zu ihrem Glauben bekennen, scheinen bei einer solchen Sichtweise ihre Probleme selbst verursacht zu haben. Diese Ansicht und das mit ihr verbundene Schweigen zu durchbrechen, ist eine große Herausforderung für verantwortungsbewusste Politik unserer Zeit.

Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben die Grundlage unseres Gemeinwesens und unserer Gesellschaftsordnung in einem anderen Geist formuliert. Ausgehend von der Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur, die neben allen anderen Werten auch die Religion und ihre Freiheit korrumpierten, haben sie die Glaubens- und Gewissensfreiheit weit vorne in Artikel 4 verankert. Ich sehe in der Betonung dieses Freiheitsrechts eine Bestätigung meiner Auffassung, dass es sich bei der Religionsfreiheit um eines der persönlichsten und zentralen Menschenrechte handelt.

Verstöße gegen die freie Ausübung der Religion sind gravierende Eingriffe in den Kernbereich der Persönlichkeitsrechte und zählen zu den schwersten Menschenrechtsverletzungen. Häufig gehen sie einher mit der Verletzung anderer Grundrechte wie der Meinungs- und der Versammlungsfreiheit, der Unverletzlichkeit der Privatsphäre oder dem besonderen Schutz von Ehe und Familie und der körperlichen Integrität. Im Koalitionsvertrag der christlich-liberalen Koalition wird die werteorientierte und den Menschenrechten verpflichtete Außenpolitik daher als besonderer Schwerpunkt definiert und von der Bundesregierung ausgeführt.

Ich habe bereits vor einiger Zeit in einem Artikel für die Rheinische Post diese Schwerpunktsetzung erläutert: „Die Universalität der Menschenrechte und insbesondere des Rechts auf Religionsfrei-

heit müssen wir gegenüber den Staaten, die dieses Menschenrecht verletzen, klar ansprechen. (...) Das Thema Christen- verfolgung muss sensibel, aber ohne falsche Rücksichtnahme behandelt werden. Aus Sorge, die Konflikte mit der islamischen Welt könnten sich verfestigen, wird die Verfolgung von Christen oft nicht offen angesprochen. Diese Tabuisierung ist der falsche Weg.“

Unser Engagement für die Religionsfreiheit ist nur glaubwürdig, wenn es nicht nur für Christen, sondern für alle religiösen Gruppen gilt. So ist es für mich selbstverständlich, dass die in Deutschland lebenden Muslime das Recht auf den Bau von Moscheen haben.

Was das universelle Recht auf freie Ausübung der Religion umfasst, so wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte des Jahres 1948 festgehalten ist, ist schließlich durchaus umstritten. Die Widersprüchlichkeit in der Auslegung des Rechts liegt in einer unterschiedlichen Definition von Religionsfreiheit begründet. Viele islamische Staaten verstehen unter Religionsfreiheit das Recht des Menschen, eine der staatlich anerkannten Religionen zu haben. So gibt etwa der Iran vor, Religionsfreiheit zu schützen und verweist auf die Kirchen der armenischen Minderheit im Land oder auf die kleine jüdische Gemeinschaft. Gleichzeitig verfolgt der Staat Angehörige der Bahai auf brutale Art und Weise: Viele religiöse Führer der Bahai sitzen in iranischen Gefängnissen oder leben im Exil – auch in Deutschland.

Aber auch die Angehörigen der anerkannten Religionen können sich nicht auf die gleichen Rechte berufen wie die muslimische Bevölkerungsmehrheit. Insbesondere ist das Recht auf den Wechsel des Glaubens zu nennen. Während ein Wechsel zum Islam auf unterschiedlichste Weise befördert und gefordert wird, ist ein „Abfall vom Islam“ in der Vorstellung einer großen Minderheit in muslimischen Staaten ein todeswürdiges Verbrechen. Auch hier ist ein Ende des Schweigens über Unrecht dringlich geboten.

Wie erfolgreich die Herstellung einer Öffentlichkeit wirken und was sie für Freiheit und Gerechtigkeit bewirken kann, zeigt der Fall von Pastor Youcef Nadarkhani. Der wegen seiner Konversion zum Christentum zum Tode verurteilte Iraner wurde aufgrund der immer lauter protestierenden internationalen Öffentlichkeit nach drei Jahren Haft schließlich im September 2012 freigelassen. Welche bessere Ermutigung für ein Ende des Schweigens kann es geben?

***Volker Kauder** (1949) ist seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 2005 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag. Davor war er u. a. Generalsekretär der CDU Deutschlands. Im August 2012 wurde das von ihm herausgegebene Buch "Verfolgte Christen. Einsatz für die Religionsfreiheit" (Verlag: SCM Hänssler) veröffentlicht.*

## **Roland Freudenstein**

# **Was wollen die Christdemokraten in Europa ?**

Europas Christdemokraten haben 1976 mit der Europäischen Volkspartei (EVP) die erste supranationale Partei in den damaligen Europäischen Gemeinschaften gegründet. Natürlich hatte die Tatsache, dass dies eben nicht Liberale oder Sozialisten waren, mit der entscheidenden Rolle deutscher, französischer, italienischer und belgischer Christdemokraten in der Gründungsphase des europäischen Integrationsprozesses zu tun. Adenauer, Schuman und de Gasperi kamen aus einer politischen Tradition, die christliche Werte als Ausgangspunkt für die Entwicklung politischer Programme sieht und die den Nationalstaat schon immer als nur eine von mehreren politischen Handlungsebenen verstanden hat.

Seit Mitte der Achtziger Jahre sind aber auch viele Parteien in die EVP aufgenommen worden, die nicht klassische Christdemokraten waren, sondern eher aus dem konservativen oder liberalkonservativen Teil des bürgerlichen Spektrums kamen – besonders skandinavische und (nach 1989) ost/mittleuropäische Parteien, aber auch neu entstandene oder stark erneuerte politische Kräfte aus Spanien, Italien und Frankreich. Dabei ist die Vergrößerung der EVP-Familie nie Selbstzweck gewesen: Ohne dreimal hintereinander (1999, 2004 und 2009) grösste Fraktion im Europaparlament zu werden und seit Jahren die absolute Mehrheit der Regierungschefs zu stellen, wäre die EVP nicht durch die Jahrzehnte die treibende Kraft des europäischen Integrationsprozesses geblieben.

Die EVP hat in drei wichtigen Grundsatzdokumenten versucht, diese Erweiterungen programmatisch vorzubereiten bzw. zu begleiten, Offenheit für ein breites inneres Spektrum zu signalisieren und dabei ihre zentrale Botschaft beizubehalten: Das Athener Grundsatzprogramm von 1992 zog die Konsequenzen aus den ersten Erweiterungen der Achtziger Jahre in Westeuropa und trug der vollkommen neuen Lage nach 1989 Rechnung. Die Berliner Erklärung "Eine Union der Werte" von 2001 entstand schon unter Beteiligung neuer Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa und enthielt, im Vorfeld der grossen Osterweiterung der EU, eine sehr detaillierte Definition der zentralen Werte der EVP. Das Mitte Oktober 2012 in Bukarest beschlossene neue Grundsatzprogramm reflektiert die mittlerweile enorme Spannbreite der Partei (74 Mitgliedsparteien, inkl. Beobachter und Assoziierte) und versucht, Antworten auf die Existenzkrise der EU und die weiteren Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu geben.

Dabei bleibt der Kern des EVP-Wertekanons unverändert: Die Würde des Menschen als Ausgangspunkt aller weiteren Grundwerte. Der Erkenntnisweg zu ihr wird aber auch für diejenigen geöffnet, die das "Streben nach dem Wahren, Guten und Schönen aus anderen Quellen" als dem christlichen Glauben schöpfen. Aus der Menschenwürde leitet sich die Dualität von Freiheit und Verantwortung ab, die ihrerseits die Voraussetzung für die Grundprinzipien Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität darstellen. Aus diesen Grundwerten wiederum ergibt sich für die EVP das Bekenntnis zu einer starken EU und zur sozialen Marktwirtschaft als ihrem wirtschaftlichen Ordnungsprinzip. Darauf baut das politische Programm der EVP auf.

In der Wirtschafts- und Schuldenkrise geht es zunächst darum, das Vertrauen der Märkte in alle Ökonomien der EU wieder herzustellen, indem wirtschaftliche Ungleichgewichte abgebaut, Konkurrenzfähigkeit verbessert und der fatale Trend zu schuldenfinanzierten Staatsausgaben umgekehrt werden. Auch wenn mangelnde Regulierung z.B. im Finanzsektor zum Entstehen der Krise beigetragen hat, so wird die Rückkehr zu nachhaltigem Wachstum ohne weiteren Abbau von Bürokratie und internen Handelsschranken (Vollendung des Binnenmarkts) nicht zu schaffen sein. Gleichzeitig

muss natürlich die Bankenaufsicht und die Regelung der Finanzmärkte verbessert werden, und ein Mindestmass an makroökonomischer Koordinierung wird unerlässlich sein. Allerdings lehnt die EVP einen europäischen Superstaat ab, schon aus ihrem Verständnis von Subsidiarität heraus.

Bei derartigen wirtschaftlichen Kompetenzverschiebungen Richtung Rat und Kommission ergibt sich ein demokratisches Defizit, dem die EU durch eine weitere Stärkung des Europäischen Parlaments, aber auch eine bessere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, wie auch nationalen Parlamenten, begegnen sollte. Der logische erste Schritt hierzu wird die Nominierung von Spitzenkandidaten der europäischen Parteien für das Amt des Kommissionspräsidenten im Europawahlkampf 2014 sein. Dies könnte ein entscheidender Schritt hin zu einer stärkeren politischen Polarisierung auf europäischer Ebene sein, in der unterschiedliche Persönlichkeiten unterschiedliche Programme vertreten, was letzten Endes den fatalen Trend der sinkenden Wahlbeteiligung bei Europawahlen endlich umkehren könnte.

Die EVP hat noch für viele andere Politikgebiete, z.B. in den Bereichen Umwelt, Innen- und Rechtspolitik, Forschung, Regionalförderung und natürlich EU-Aussenpolitik programmatische Ideen, die sich im neuen Grundsatzprogramm wiederfinden. Aber ohne eine Lösung der beiden zentralen Fragen – die Rückkehr zu nachhaltigem Wachstum und die Reaktion auf das neue Demokratiedefizit – wird die EU ihre gegenwärtige Krise auf keinen Fall überwinden können. Dabei muss die EVP stärker als bisher Prinzipien und Werte betonen, die sie von ihren politischen Gegnern unterscheiden. Das betrifft vor allem die Betonung der Freiheit und der Subsidiarität. Längerfristig sollten die EVP und ihre Mitgliedsparteien sich einige Grundprinzipien zu Eigen machen und kreativ weiterentwickeln, die über Teile des 20. Jahrhunderts eher auf der Linken beheimatet waren: Aufklärung, Fortschritt und Nachhaltigkeit.

Die europäische Aufklärung, also die Befreiung des Menschen aus selbst verschuldeter Unmündigkeit, sollte angesichts eines erstarkenden Islamismus im Nahen Osten und auch unter Migranten in unseren eigenen Ländern einen neuen Stellenwert erhalten, gerade angesichts eines gescheiterten Multikulturalismus der Linken. Die Fortschrittsidee neu zu besetzen und zu betonen wäre eine Reaktion auf das Eindringen der Grünen in die bürgerliche Mittelschicht. Die Anwendung des Prinzips der Nachhaltigkeit auf die öffentlichen und privaten Finanzen, statt ausschliesslich auf die Umwelt, wäre ein gutes Mittel, um fiskalische Konsolidierung auch moralisch zu begründen. Das würde den Christdemokraten in der EVP die Chance bieten, auch in kommenden Jahrzehnten die bestimmende politische Kraft Europas zu bleiben.

***Roland Freudenstein (1960), Stellvertretender Direktor des Centre for European Studies, der parteinahen Stiftung der Europäischen Volkspartei (EVP) in Brüssel und 2010-2012 Leiter der Kommission zur Formulierung des neuen Grundsatzprogramms der EVP.***

3. Dezember 2012

**Dieter Hackler**

## **Eine neue Kultur des Alters – Alter in der modernen Gesellschaft –**

Es ist Zeit für eine neue Kultur des Alters. Weg von Klischees und Stereotypen, die noch von Bildern aus den vorigen Jahrhunderten stammen. Wir sind dem Menschheitsraum eines langen, gesunden Lebens heute näher denn je. In den vergangenen einhundert Jahren hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen in Deutschland um dreißig Lebensjahre verlängert. Dass so viele Menschen in guter körperlicher und geistiger Gesundheit alt werden, ist historisch neu.

Mit dieser wunderbaren Entwicklung ist es an der Zeit, ein Umdenken anzustoßen und ein differenziertes Bild vom Alter in einer Gesellschaft des langen Lebens zu zeichnen. Im Sinne des christlichen Menschenbildes, das Menschen nicht festlegt und im Hinblick auf die Zukunft offen ist, ist der Vielfalt des Alters ausreichend Raum in der Gesellschaft zu geben.

### **Wie werden wir alt?**

Das Alter gibt es nicht. Alter ist vielfältig, denn Menschen altern auf sehr unterschiedliche Art und Weise. So vielfältig sich die Lebensläufe schon nach Schule, Studium oder Familiengründung ausdifferenzieren, so bunt entwickeln sie sich erst recht mit zunehmendem Alter. Dabei reicht das Themenspektrum von „A“ wie differenzierte Altersbilder über „P“ wie menschenwürdige Pflege bis „Z“ wie engagierte Zivilgesellschaft und Teilhabe.

Altwerden, ohne alt zu sein – das wünschen sich viele Menschen. Der Begriff Alter und unsere eigenen Bilder vom Alter sind oft noch geprägt von überkommenen Vorstellungen von im Wesentlichen zu betreuenden und zu versorgenden älteren Menschen. Der Sechste Altenbericht hat aus wissenschaftlicher Perspektive gezeigt, dass eine rein fürsorgliche Sicht auf das Alter – auch wenn sie gut gemeint ist – der Vielfalt nicht entspricht. Der Bericht macht deutlich, dass die dominierenden Altersbilder in den zentralen Bereichen der Gesellschaft – etwa in den christlichen Kirchen und Religionen, der Arbeitswelt, der Bildung, der Wirtschaft, der Politik, beim Zivilengagement oder in der medizinischen und pflegerischen Versorgung – der Vielfalt des Alters häufig nicht gerecht werden.

Dabei können und sollen negative Altersbilder nicht einfach gegen positive ausgetauscht werden. Vielmehr sollte das Alter und das Altern differenziert in allen Facetten betrachtet, die Reflektion von Altersvorstellungen angeregt und etablierte Denk- und Verhaltensmuster auf die zugrundeliegenden Altersbilder geprüft werden. Eine an den Stärken und Gestaltungsspielräumen des Alters orientierte Sicht schließt natürlich nicht aus, gleichzeitig auch die Grenzen des Alters im Blick zu behalten. Hilfe und Unterstützung müssen dort angeboten werden, wo es erforderlich ist, um ein selbstbestimmtes und selbständiges Leben zu sichern.

### **Wo werden wir alt?**

Wer Konzepte für eine Gesellschaft des längeren Lebens finden will, muss sich die Frage stellen, in welcher Gesellschaft er selbst künftig leben will.

Ein Umfeld, in dem man gut alt werden kann, ist die Gemeinschaft. Alleinsein ist keine gute Vor-



aussetzung für ein aktives Alter und fatal, wenn man Hilfe braucht. Die erste und engste Gemeinschaft ist die Familie. Die Frage ist, ob es gelingen kann, den Zusammenhalt, der Familie als Gemeinschaft stark macht, zumindest in Teilen auf etwas größere Gemeinschaften zu übertragen.

Im Englischen gibt es den Begriff der „caring community“: eine Mitverantwortung der lokalen Gemeinschaft für das Wohlergehen ihrer Mitglieder. Dazu gehört die Bereitschaft, diese Verantwortung zu übernehmen, aber auch Strukturen, die dies ermöglichen und stabilisieren. Das Leitbild einer „sorgenden Gemeinschaft“ ist eine Art neuer Gesellschafts- und Generationenvertrag, der den Zusammenhalt von Alt und Jung unter den Bedingungen demografischer Veränderungen erhält und erneuert.

### **Was können wir tun?**

Die Entwicklung einer Kultur der gegenseitigen und generationenübergreifenden Wertschätzung soll die Potenziale einer jeden Generation sichtbar machen und dabei den Blick auch auf die Beiträge älterer Menschen für Familie und Gesellschaft richten, die allzu oft als selbstverständlich angesehen werden. Zu den Voraussetzungen solidarischen Miteinanders zählt, dass die Lebensleistung älterer Menschen Respekt und Anerkennung erfährt. In gleicher Weise sollen und wollen sich aber auch ältere Menschen solidarisch zeigen mit den jüngeren Generationen.

In einer Gesellschaft des langen Lebens stecken enorme Kräfte: die Zeit und die Bereitschaft gerade der Älteren, Verantwortung zu übernehmen und sich zu engagieren. Das freiwillige Engagement sorgt für Zusammenhalt und Gemeinschaft und wirkt in einem Maße solidaritätsstiftend, wie es der Staat allein nie bewirken könnte. Es muss in eine Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement vor Ort investiert werden, um älteren Menschen neue Wege für Selbst- und Mitverantwortung in der Zivilgesellschaft zu ebnen, auch über Familiengrenzen hinaus.

Die christlichen Kirchen und andere Religionsgemeinschaften sind in besonderer Weise für ältere Menschen von Bedeutung. Sie erreichen einen großen Teil der älteren Menschen, erbringen in großem Umfang Dienstleistungen für sie und können sich umgekehrt einer großen Loyalität erfreuen. Hierin liegt eine Chance für Kirche und Gesellschaft, die Gestaltungspotenziale im Sinne einer neuen Kultur des Alters sichtbar zu machen und vielseitige, realistische Altersbilder zu verankern.

Wir können die Chancen erkennen und eine älter werdende Gesellschaft positiv gestalten, wenn wir uns rechtzeitig darauf einstellen, wenn wir vielfältige und realistische Altersbilder zulassen und wenn wir anerkennen, dass viele Ältere ihre Fähigkeiten und ihr Wissen einbringen wollen und wir ihnen Möglichkeiten hierfür eröffnen. Zu den Grundeinsichten christlichen Glaubens gehört die Erkenntnis, dass alle Menschen Verantwortung für diese Welt tragen – und zwar unabhängig von ihrem Lebensalter. Jede Lebensphase hat ihre eigene einzigartige Bedeutung, die so nicht mehr wiederkommen wird. Jedes Alter hat seine Grenzen und jedes Alter hat auch seine schönen Seiten. Alle Menschen sollen dazu eingeladen werden, ihre Vorstellungen vom Alter zu hinterfragen und dieser Lebensphase mit Zuversicht entgegen zu sehen.

***Dieter Hackler** (1953), Ministerialdirektor, ist seit 2006 Leiter der Abteilung Ältere Menschen, Wohlfahrtspflege, Engagementpolitik im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Er war zuvor über zehn Jahre Pfarrer der Evangelischen Kreuzkirchengemeinde Bonn und wurde 1991 zum Bundesbeauftragten für den Zivildienst berufen.*

## **Günter Krings**

# **Geistiges Eigentum ist ein Menschenrecht**

Das Geistige Eigentum ist weit mehr als ein Eigentumsrecht – es ist ein Menschenrecht. Gem. Art. 27 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hat jeder Mensch das „Recht auf Schutz der geistigen und materiellen Interessen, die ihm als Urheber von Werken der Wissenschaft, Literatur oder Kunst erwachsen“. Entsprechend schützt auch unsere Verfassung einerseits gem. Art. 2 Abs. 1 GG das Urheberpersönlichkeitsrecht und andererseits gem. Art 14 GG die Verwertungsrechte, das vom Bundesverfassungsgericht so bezeichnete Geistige Eigentum. Begrifflich ist im Urheberrecht also stets zwischen dem „Geistigen Eigentum“ und dem materialisierten Persönlichkeitsrecht differenziert werden.

Mit dem Geistigen Eigentum wird dem Urheber ein subjektiv-rechtlicher Abwehranspruch eingeräumt gegen Eingriffe in sein Recht durch den Staat und durch Dritte. Aus der Eigentumsgarantie erwächst für den Gesetzgeber die Pflicht, das Eigentum seiner Bürger, sei es körperlich oder geistig, zu schützen. Damit schützt der Rechtsstaat die Leistungsträger vor den Begehrlichkeiten der Masse.

### **Geistiges Eigentum im Internet**

Das Internet schafft neue Nutzungsmöglichkeiten und Vertriebswege und verändert sowohl die Wirtschaft als auch unsere Gesellschaft tiefgreifend. Gerade das Geistige Eigentum ist heute aufgrund neuer technischer Möglichkeiten viel verletzlicher, weil es in digitaler Form ohne Qualitätsverlust und ohne große Investitionen beliebig oft vervielfältigt und transferiert werden kann werden. Aber auch physisches Eigentum kann auf einem virtuellen Marktplatz ganz anders gehandelt werden. Diese neuen Nutzungsmöglichkeiten wecken vielerlei Begehrlichkeiten: Was früher exklusiv und daher teuer war, ist nun einfach und vor allem umsonst zu haben – auch gegen den Willen des Eigentümers.

Das von Google finanzierte Institut für Internet und Gesellschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin behauptet, im Internet sei das Rechtsinstitut des Geistigen Eigentums überholt oder müsse zumindest angepasst werden. Weil Ideen und Inhalte leicht zu vervielfältigen sind, könnten sie als öffentliche Güter der Allgemeinheit zur Verfügung stehen. Ausschließlichkeitsrechte bzw. "geistige Monopolrechte" seien in der digitalen Gesellschaft nicht praktikabel und daher nicht mehr legitimiert.

Die zentrale Frage all dieser Diskussionen ist: Gelten in der digitalen Gesellschaft andere Prinzipien und Werte als in der realen Gesellschaft des analogen Zeitalters? Hat das Konzept des Geistigen Eigentums seine Bedeutung als Ordnungsidee in der digitalen Zeit verloren? Kann in einer digitalen Gesellschaft das Geistige Eigentum Kollektiviert werden? Sind wir auf dem Weg in einen digitalen Kommunismus ?

### **Geistiges Eigentum als Ausdruck von Ordnungspolitik**

Eigentums- bzw. Ausschließlichkeitsrechte dienen grundsätzlich der Zuordnung von Verfügungsrechten über Sachen oder auch Rechtspositionen. Nach der volkswirtschaftlichen Theorie der Verfügungsrechte wird durch diese Zuordnung gewährleistet, dass knappe Ressourcen effizient genutzt werden können. Geistiges Eigentum ist zwar keine knappe Ressource im herkömmlichen, materiel-

len Sinne, aber auch eine Marke muss erst aufgebaut werden, für eine patentrechtliche Erfindung muss geforscht werden und auch ein Musikstück oder ein Film muss konzeptioniert, erstellt und anschließend vermarktet werden. Erst die Gewährleistung von Ausschließlichkeitsrechten macht die Bewirtschaftung von Rechtspositionen wirtschaftlich interessant. Ohne diese Leistungsanreize wird es keine professionelle Arbeit geben. Der von vielen heraufbeschworene Prosument, der uneigennützig seine mit viel Mühe geschaffenen Werke der Allgemeinheit zur Verfügung stellt, ist die eher exotische Ausnahme. Ohne eine Verwertung seiner Werke wird er seinen Lebensunterhalt nicht bestreiten können – es sei denn er gibt sich mit einem Hartz IV-Stipendium des Steuerzahlers zufrieden.

Geistiges Eigentum ermöglicht die Zuordnung und Handelbarkeit geistiger Leistungen. Nur so kann die Nachfrage und damit der ökonomische Wert kreativen Schaffens abgebildet werden und so wird eine Kalkulation möglich, die langfristige Investitionen und eine professionelle Arbeitsteilung zulassen. Wer gute Arbeit leistet, soll auch gut bezahlt werden. Dies ist die Grundlage unserer ausdifferenzierten Volkswirtschaft im Allgemeinen und unserer äußerst innovativen Kultur- und Kreativwirtschaft im Besonderen. Wer also das Konzept des Geistigen Eigentums ablehnt, negiert gleichzeitig die wirtschaftliche Grundlage des geistigen Schaffens in Deutschland und das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit.

Dies gilt auch - oder sogar ganz besonders - für das Geistige Eigentum im Internet. Erfinder, Programmierer, Wissenschaftler und auch Künstler können ihre Ergebnisse inzwischen einem breiteren Publikum zugänglich machen und sie daran teilhaben lassen. Aufwand und Kosten, um diese Ergebnisse zu erzielen, bleiben jedoch trotz neuer technischer Rahmenbedingungen für das kreative Schaffen weitgehend gleich. Es ist der Zugang zu den Inhalten, der durch das Internet erleichtert wird, nicht die geistige Leistung. Es ist geradezu absurd anzunehmen, eine Leistung sei weniger wert, nur weil sie einfacher abzurufen und zu vervielfältigen ist.

Daher ist auch in der digitalen Gesellschaft das Konzept des Geistigen Eigentums nicht überholt und es gelten die Rechts- und Ordnungsmaßstäbe der realen Welt weiter. So wie das Eigentum an Immobilien und beweglichen Sachen ein Fundament unserer Rechts- und Wirtschaftsordnung bleibt, so muss auch das Geistige Eigentum innerhalb und außerhalb des Internets gewahrt bleiben.

### **Aufklärung und Bewusstseinsstärkung**

Allerdings: anders als im realen Leben können unsere bewährten Grundsätze aufgrund der Anonymität des Internets immer schwerer durchgesetzt werden. Und dies ist nicht nur in eigentumsrechtlicher Hinsicht ein Problem. Das Geistige Eigentum ist lediglich die vermögensrechtliche Seite des Urheberrechts. Zusammen mit dem Urheberpersönlichkeitsrecht ist das deutsche Urheberrecht, anders als das angelsächsische Copyright, als Immaterialgüterrecht ausgestaltet. Das kontinentaleuropäische Recht stellt damit den Urheber als Werkschaffenden in den Mittelpunkt stellt und schützt sowohl dessen Persönlichkeit als auch dessen wirtschaftliches Auskommen. Auch im Interesse dieses Persönlichkeitsrechtes sind die Regeln des Urheberrechts auch tatsächlich durchzusetzen.

In unserer Marktwirtschaft sind die Verwertungsrechte deutlich in den Vordergrund gerückt. Dies hat aber auch dazu geführt, dass Kreative finanziell so unabhängig wie nie zuvor in der Geschichte des kreativen Schaffens sind. Das Urheberrecht und das Geistige Eigentum ermöglichen es Journalisten, Künstlern, Musikern oder Schriftstellern frei zu berichten, neue Wege zu gehen und sich auf ihre Kunst zu konzentrieren. Das Urheberrecht und die damit verbundenen Verwertungsrechte ermöglichen verschiedenste Formen des kreativen Schaffens – vom Hobbykünstler über den Teilzeit-Kreativen bis hin zum Profi. Wir würden den kulturhistorischen Rückwärtsgang einlegen, wenn den Kreativen diese Freiheiten und diese Unabhängigkeit in der digitalen Gesellschaft wieder genommen würden. Dies würde die kulturelle Vielfalt in unserer Gesellschaft reduzieren und letztendlich zu einem staatsfinanzierten Mäzenatentum führen, in dem Politiker im Haushaltsausschuss ent-

scheiden, was Kunst ist und was nicht. Dann wäre das Internet in kultureller Hinsicht kein Fortschritt mehr, sondern ein großer Rückschritt.

***Dr. Günter Krings** (1969), ist Jurist, Rechtsanwalt und Honorarprofessor für Staatsrecht an der Universität zu Köln. Seit 2009 ist er stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie Vorsitzender des BACDJ, der Juristenvereinigung der CDU Deutschlands.*

17. Dezember 2012

**Peter Altmaier**

## **Was heißt politisches Handeln aus christlicher Verantwortung für die Gestaltung der Energiewende?**

Ich möchte mit einer kleinen Geschichte beginnen: Vor kurzem war ich mal wieder stundenlang im Auto unterwegs, von einem Termin zum nächsten, ein typischer Ministertag. Und es goss auch noch in Strömen. Um die Laune zu heben, bat ich meinen Fahrer, die nächste Autobahnraststätte anzusteuern. Und obwohl ich noch nicht so lange Bundesumweltminister bin, hat mich dort gleich eine nette ältere Mitarbeiterin erkannt und prompt gefragt: „Herr Minister, wie schaffen Sie das mit der Energiewende heute, wo keine Sonne scheint und kein Wind weht?“

Ich war verblüfft. Erstens, weil die Frage sehr berechtigt war. Vor allem aber darüber, dass sie überhaupt gestellt wurde. Noch vor kurzem hat sich ja kaum jemand für den Strom aus der Steckdose interessiert – woher er kam, wie er erzeugt wurde oder wer damit wie viel verdiente. Aber heute sind die Medien jeden Tag voll davon. Die Energiewende ist in aller Munde. Alle wissen, worum es geht: Um den Ausbau erneuerbarer Energien wie Windkraft, Solarenergie oder Biomasse, um neue Stromnetze und Elektroautos, um mehr Energieeffizienz überall dort, wo wir Energie verbrauchen, zu Hause, am Arbeitsplatz, auf Reisen.

Ich freue mich, dass die meisten Menschen in unserem Land die Energiewende unterstützen und als das erkennen, was sie ist: Eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, ein großes Generationenprojekt und das größte Infrastrukturprojekt seit dem Wiederaufbau unseres Landes nach dem Krieg. Aber was hat dieser Aufbruch in ein neues Energiezeitalter mit christlicher Verantwortung zu tun? Ich meine: Sehr viel! Mit der Energiewende gehen drei elementare Herausforderungen einher, die wir nur durch eine Politik in christlicher Verantwortung lösen können.

Erstens: Wir müssen wirtschaftliches Wachstum vom Verbrauch natürlicher Ressourcen entkoppeln. Sonst werden wir in einer Welt von bald 8 Milliarden Menschen unsere elementaren Lebensgrundlagen irreversibel beschädigen und unseren Nachkommen buchstäblich eine Wüste hinterlassen. Es führt kein Weg vorbei an einem Paradigmenwechsel, der das Wirtschaften des 21. Jahrhunderts grundlegend von dem des vergangenen Jahrhunderts unterscheidet. Die Wirtschaft der Zukunft muss und wird – im Zusammenspiel mit der digitalen Revolution – weitaus intelligenter und effizienter mit Rohstoffen und Ressourcen umgehen, als wir das in der Vergangenheit getan haben. Die Energiewende ist Kern und zugleich Motor dieser Transformation.

Damit verbunden ist die zweite große Herausforderung politischen Handelns aus christlicher Verantwortung, denn nur mit einer Wirtschaftsweise, bei der Umweltschutz und Wachstum zwei Seiten einer Medaille sind, werden wir eine stabile und zugleich gerechte und humanitäre Weltordnung schaffen können. Unser christliches Menschenbild bedeutet, dass für uns jeder Mensch die gleiche Würde hat und dass diese Würde unbedingt zu schützen ist. Daher darf uns auch das Schicksal von Menschen an anderen Orten dieses Planeten nicht egal sein. Es ist eine Frage humanitärer Solidarität und christlicher Verantwortung, dass wir uns gerade als Industrieland für den weltweiten Klima- und Umweltschutz einsetzen, wie wir das jetzt auch wieder bei der UN-Konferenz in Doha tun. Dass eine stabile und gerechte Ordnung nicht nur eine Frage technologischen Fortschritts, sondern vor allem grundlegender ethischer Prinzipien ist, daran erinnert uns Martin Luther King eindringlich mit seiner Mahnung: „Wir haben gelernt, wie die Vögel zu fliegen, wie die Fische zu schwimmen; doch wir haben die einfache Kunst verlernt, wie Brüder zu leben.“ Das gilt nicht nur interna-

tional, sondern auch für unsere Gesellschaft.

Die dritte große Aufgabe politischen Handelns aus christlicher Verantwortung liegt daher darin, durch die Verbindung von Ökonomie und Ökologie spürbar bessere Lebenschancen und damit auch mehr Lebensqualität für alle Menschen in unserem Land zu schaffen: Mit sauberer Energie, weniger Lärm, besserer Luft, gesünderer Ernährung, mit mehr Natur und Wasserflächen in unseren Städten, kurzum: in einer intakten Umwelt. Die Entwicklung geht längst in diese Richtung. Gerade in einer Gesellschaft im demografischen Wandel besinnen sich die Menschen immer mehr auf einen Wandel des Lebensstils: Weg vom Prinzip des „Immer mehr“, „Immer schneller“, „Immer weiter“, „Immer individueller“ hin zu einem Leitbild der Balance und des Ausgleichs: Zwischen Arbeit und Freizeit, zwischen Produktion und Konsum, zwischen individueller Selbstverwirklichung und gemeinwohlorientiertem Engagement.

Es ist kein Zufall, dass darum auch der Wert der Familie wieder stärker entdeckt wird, ebenso das Miteinander der Generationen und der Wunsch nach einer weniger egoistischen und rein profitorientierten Lebensweise. Nicht zuletzt die Erfahrung der schärfsten Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat uns immer stärker die Augen dafür geöffnet, dass eine nicht-nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise nicht den Prinzipien christlicher Verantwortung entspricht.

Im Aufbruch in ein neues Energiezeitalter bündelt sich also viel mehr als ein rein technologisches Großprojekt. Es geht um genuin christliche Prinzipien, um Verantwortung vor der Schöpfung Gottes und Verantwortung gegenüber den nach uns folgenden Generationen. Politisch heißt das konkret, im Fall technischer Katastrophen wie in Fukushima nicht zur Tagesordnung überzugehen, sondern grundlegende Risiken neu zu bewerten und daraus die Konsequenz zu ziehen. Darum bleibt es richtig, definitiv aus der Kernenergie auszusteigen, und darum müssen wir auch dringend das Problem der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle gesetzlich angehen. Energiepolitisch bedeutet das weiterhin, dass wir Versorgungssicherheit zu bezahlbaren Preisen für alle und Wettbewerbsfähigkeit für unsere Industrie sicherstellen. Darum müssen wir zum Beispiel das EEG so reformieren, dass Erneuerbare Energien sobald als möglich markt- und wettbewerbsfähig werden. Und das wird nur gelingen, wenn wir in Zukunftsfähigkeit investieren, indem wir Innovationen fördern und damit auch die Grundlagen für die Arbeitsplätze von morgen schaffen.

Die Verbindung von wirtschaftlicher Vernunft, ökologischer Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit ist der Kompass für politisches Handeln aus christlicher Verantwortung. Diese Verbindung ist nicht umsonst immer das Markenzeichen der Politik der Union gewesen. Das muss auch in Zukunft so sein. Hier liegt die große politische Chance genuin christdemokratischer Politik im 21. Jahrhundert.

**Peter Altmaier (1958)** ist seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er hat Rechtswissenschaft an der Universität des Saarlandes studiert, wo er auch bis 1990 wiss. Mitarbeiter war. 1990-1994 war Beamter der EU-Kommission. Von 2005-2009 war Peter Altmaier parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern und dann Erster Parl. Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Seit Mai 2012 ist er Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

24. Dezember 2012

**Klaus Mertes SJ**

## **Gedanken zu Weihnachten**

### **1**

Zu den tiefen Erfahrungen vieler Menschen aller Zeiten gehört der Anblick des Sternenhimmels. Mitten in der Nacht unter dem Sternenhimmel liegen, über die Größe des Weltraums nachdenken, die Entfernung der Sterne berechnen, die Kleinheit des Menschen in Raum und Zeit spüren.

Die Nacht ist auch die Zeit des Schlafes. Sie ist die Zeit, in der das Tagewerk aufhört. Auch die elektrischen Lichter in der Stadt vermögen die Dunkelheit nicht zu vertreiben.

Die Nacht steht auch für die Erfahrung des Finsternis, des Todes, der Blindheit. Vor der Stille der Nacht fürchtet sich, wer nicht schlafen kann, wer immer reden muss oder Unterhaltung braucht. Die Nacht steht für das Undurchdringliche, das Undurchschaubare, das, was wir nicht im Griff haben.

Die Nacht ist etwas Geheimnisvolles. Charles de Foucauld, der französische Marokko-Erforscher, schrieb 1883 noch in seiner atheistischen Phase, ergriffen vom Anblick des Sternenhimmels in der Wüste: „Der Mond steht mitten in einem völlig wolkenlosen Himmel und verbreitet mildes Licht. Die Luft ist lau und von keinem Windhauch bewegt. In der tiefen Ruhe, mitten in der zauberhaften Natur, erinnere ich mich an mein erstes Lager in der Sahara. In der Sammlung solcher Nächte be-greift man den Glauben der Muslime an eine geheimnisvolle Nacht Leila el Kadr, in der der Him-mel sich öffnet, die Engel auf die Erde hernieder schweben, das Meerwasser süß wird und die ganze unbelebte Natur sich neigt, um ihren Schöpfer anzubeten.“

Nebenbei: Der Anblick eines betenden Muslimen löste Foucauld's Bekehrung zum Christen aus – ein Beispiel dafür, dass Religionen einander auch anders begegnen können als in form eines „Kampfes der Kulturen“.

### **2**

Die Vorstellung, dass sich der Himmel in der Nacht, gerade und ausgerechnet in der Nacht öffnet, ist eine gemeinsame Vorstellung vieler Menschen und Völker. Engel steigen nächtens vom Himmel herab, dem Propheten wird der heilige Text diktiert.

Noch ein Zitat, diesmal aus der Bibel: „Als tiefes Schweigen das All umfing und die Nacht bis zur Mitte gelangt war, da stieg dein allmächtiges Wort, o Herr, vom Himmel herab, vom königlichen Thron.“ (Weish 18,14-15)

Damit komme ich zum nächsten weihnachtlichen Stichwort: Das Wort. In der Nacht wird ein Wort gesprochen. Das Wort, das in der christlichen Weihnacht gesprochen wird, ist aber eigentlich gar kein Wort, sondern ein lebendiger Mensch, ein Kind.

Das ist eine erstaunliche Aussage. Man muss sie ganz ernst nehmen, wenn man sie verstehen will. Gott spricht nicht durch Worte, sondern durch einen Menschen, einen wehrlosen, unmündigen Menschen, verletzbar, zart, lebendig.

Man kann dieser Nacht und ihrem Wort schnell das Geheimnisvolle nehmen, indem man es erklärt: „Na klar, iss doch klar, was gemeint ist: Gott wird Mensch, um uns dadurch etwas zu sagen.“ Aber das ist zu einfach. Es ist nicht in Ordnung, wenn Menschen für eine Lehre, einen Lehrinhalt instrumentalisiert werden.

Das „um zu“ ist schon das Problem; dass das alles an Weihnachten geschieht, „um zu ...“ Mit dem „um zu“ ist das Ereignis schon entwertet. Es steht nur noch im Dienst einer Botschaft, einer message, einer abstrakten Aussage. Die könnte man auch einfacher haben.

Ein Kind zeichnet sich dadurch aus, dass es nicht da ist, um zu ... um mir etwas zu sagen, um mir irgendetwas einzureden, um mir etwas beizubringen. Ein Kind denkt gar nicht an „um zu“. Ein Kind ist einfach da. Und wenn es denn stimmt, dass Gott ein Kind wird, dann geht es eben um mehr als darum, dass er uns durch das Kind etwas sagen will. Er ist ein Kind, ein Mensch. Er will uns nichts sagen, sondern zuerst einmal da sein.

Und dadurch sagt Gott etwas.

Mehr als durch unser Sprechen sagen wir etwas über uns durch das, was wir sind. Das klingt abstrakt, ist aber ganz einfach zu verstehen:

Wenn ein Mensch weint, dann tut er es nicht, um uns damit etwas zu sagen. Es gibt natürlich auch Menschen, die weinen, um uns damit etwas zu sagen; aber das mindert die Glaubwürdigkeit ihres Weinens. Aber wenn er wirklich weint, dann deswegen, weil er trauert. Und mit dieser Trauer spricht er oder sie zu uns, absichtslos, und sagt uns etwas.

Wenn ein Mensch bewusstlos am Wegesrande liegt, dann will er uns damit nichts sagen; er sieht uns ja nicht einmal mehr und kann auch gar nicht sprechen; aber er spricht uns mit seiner Ohnmacht an; wir beugen uns hin, nehmen ihn auf unsere Schultern und tragen ihn zum nächsten Arzt.

So ähnlich ist es mit Weihnachten. Gott spricht durch das, was er ist, nicht durch absichtsvolle Worte. Wir sind angesprochen durch das, was wir sehen. Es ist also Hinsehen angesagt, wenn wir er-messen wollen, was da gesagt ist. Sprechen durch Sein ist eine viel tiefere Art des Sprechens als unser normales Alltagssprechen, so notwendig es im Alltag sein mag. In der Weihnacht spricht der Schöpfer durch das, was er ist – nicht durch Worte.

### 3

Noch ein weihnachtliches Motiv: Licht. Jeder Mensch hat eine Ausstrahlung – er sagt etwas von sich, bevor er oder sie den Mund auf tut. Es gibt Menschen, die betreten den Raum, und es wird still. Andere gibt es, in deren Nähe man sofort Schuldgefühle bekommt. Andere machen Angst, andere sind wichtig für unsere Partys, weil sie gute Stimmung bringen – einfach durch die Art, wie sie da sind.

Die Ausstrahlung des Kindes der Weihnacht würde ich mit dem Wort „Fest“ beschreiben. Das Kind von Bethlehem strahlt Feststimmung aus. Die Engel singen Gloria, die Hirten und die Weisen kommen und huldigen.

Es gibt einige, die sich durch dieses Fest sehr gestört, ja bedroht fühlen. Das wird sich im Leben Jesu fortsetzen. Überall wo er auftritt, werden Feste gefeiert. Es sind bewegende Feste, auf denen sich etwas tut. Die Menschen verändern sich, ihr Selbstbild, ihre Haltung gegenüber dem Leben. Seine Gegner spüren das genau und machen ihm deswegen Vorwürfe, unter anderen den, er sei ein



„Fresser und Säufer“.

Gerade diese üble Nachrede enthält eine verlässliche Aussage über die Ausstrahlung Jesu. Er lässt sich sogar schließlich am Abend vor dem Tod nicht das Fest nehmen und feiert das letzte Abendmahl, in dem er seinen Tod als Fest des Lebens deutet. Die Nacht des Todes kann diese Ausstrahlung nicht mehr zum Erlöschen bringen.

Damit sind wir wieder beim Anfang angelangt, bei der Nacht. Die Nacht enthält ein Geheimnis, gerade unsere tiefste Nacht, die der Verzweiflung, des Sterbens, des Todes. In dieser Finsternis erstrahlt ein Licht, das stärker ist als der helle Tag unseres Alltags.

Gott spricht zur Welt durch das, was er ist – ein Mensch aus Fleisch und Blut, das Kind von Bethlehem, Jesus von Nazareth. Und dadurch – vor allem dadurch – kommt Bewegung in die Welt.

*Klaus Mertes SJ (1954) ist Kollegsdirektor kam Kolleg St. Blasien. Er hat Slawistik und Klass. Philologie in Bonn studiert und 1977 in den Jesuitenorden eingetreten. Anschließend studierte er Philosophie und kath. Theologie in München und Frankfurt a. M. und wurde 1986 zum Priester geweiht. Nach dem 2. Staatsexamen für Kath. Religion und Latein war er Lehrer an der St. Ansgar-Schule in Hamburg und am Canisius-Kolleg in Berlin, dessen er Rektor er 2000-2011 war. Klaus Mertes ist Mitglied im Zentralkomitee der dt. Katholiken und im Kuratorium Stiftung 20. Juli 1944*